



„... auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie ...“

Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989 in Ost-Berlin

Eine Dokumentation mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel und einer Einleitung von Wolfgang Schmidt

HERAUSGEBERIN

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand

KARSTEN BRENNER, *Ministerialdirektor a.D. (Vorsitzender)*

PROF. DR. DIETER DOWE

PROF. DR. AXEL SCHILDT

REDAKTION

DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT (*Geschäftsführer*)

DR. BERND ROTHER

DR. WOLFGANG SCHMIDT

Schriftleitung: DR. WOLFGANG SCHMIDT

Diese Publikation wurde aus Mitteln des Haushalts der Beauftragten
der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) finanziert.

© 2014 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Forum Willy Brandt Berlin

Unter den Linden 62-68

D-10117 Berlin

Tel.: 030 / 787707-0

Fax: 030 / 787707-50

info@willy-brandt.de

www.willy-brandt.de

Willy-Brandt-Haus Lübeck

Königstraße 21

D-23552 Lübeck

Tel.: 0451 / 122425-0

Fax: 0451 / 122425-9

info@willy-brandt-luebeck.de

www.willy-brandt-luebeck.de

GESTALTUNG

Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK

LASERLINE – Digitales Druckzentrum

Bucec & Co. Berlin KG

© Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d.ö.R.

Printed in Germany 2014

ISSN 1434-6176

ISBN 978-3-933090-28-7

„... auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie ...“

Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern
der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989
in Ost-Berlin

Eine Dokumentation mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel
und einer Einleitung von Wolfgang Schmidt

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Heft 29

Wolfgang Schmidt, geboren 1968, Dr. phil., Studium der Politikwissenschaft, der Neueren Geschichte und der Volkswirtschaft in Bonn, Lawrence (USA) und Marburg; Veröffentlichungen zu Willy Brandt, zur Deutschland- und Ostpolitik sowie zur deutschen und internationalen Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts; seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; Bearbeiter der Bände 8 und 10 der Willy-Brandt-Edition „Berliner Ausgabe“ sowie Kurator bzw. Textautor der ständigen Willy-Brandt-Ausstellungen in Berlin und in Lübeck.

INHALT

Willy Brandt –
Stationen seines Lebens **6**

Dr. Hans-Jochen Vogel
Vorwort **9**

Dr. Wolfgang Schmidt
Einleitung **11**

Dokumentation
Telefoninterview von Birgit Schamari mit Willy Brandt
im hr1-Morgenmagazin „Start“ am 10. November 1989 **38**

Transkription der Aufzeichnung des Treffens des SPD-Partei- und
Fraktionsvorsitzenden, Hans-Jochen Vogel, und des Präsidenten
der Sozialistischen Internationale und SPD-Ehrevorsitzenden,
Willy Brandt, mit Repräsentanten der SDP in der DDR am Abend
des 10. November 1989 im Hotel „Christliches Hospiz“ in Ost-
Berlin **40**

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933–1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945–1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949–1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950–1971	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955–1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957–1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964–1987	Vorsitzender der SPD
1966–1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969–1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969–1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976–1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977–1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979–1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987–1992	Ehenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

VORWORT

Ich freue mich darüber, dass die Tonbandaufzeichnung von der ersten Begegnung zwischen Spitzenvertretern der West-SPD und der einen Monat zuvor gegründeten SDP in der DDR, die am Abend des 10. November 1989 im Christlichen Hospiz in Ost-Berlin stattfand, gerade rechtzeitig in dem Jahr aufgefunden worden ist, in dem sich der Mauerfall zum fünfundzwanzigsten Mal jährt, und dass die Transkription dieser Aufnahme jetzt von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung veröffentlicht wird. Denn diese Begegnung gehört für mich zu den Ereignissen der damaligen Zeit, die sich mir bis heute besonders eingepägt haben. War es doch 43 Jahre nach der von der sowjetischen Besatzungsmacht initiierten Zwangsvereinigung das erste Mal, dass sich führende Sozialdemokraten aus beiden deutschen Staaten wieder zu einem politischen Gespräch treffen konnten. Und das einen Tag nach dem Mauerfall.

Der Inhalt des Gesprächs, wie es zustande kam und das zeitliche Umfeld, in dem es geführt wurde, hat Wolfgang Schmidt in einer sehr lesenswerten Einleitung im Einzelnen beschrieben und gewürdigt. Dabei hat er zu Recht vor allem die hervorragende Rolle, die Willy Brandt bei diesem Gespräch spielte, und die Freude hervorgehoben, die damals alle Teilnehmer beherrschte.

Dem habe ich im Grunde nur drei Bemerkungen hinzuzufügen. Einmal die Feststellung, dass die West-SPD die Selbstständigkeit der SDP und den Mut ihrer Gründer und Gründerinnen von Anfang an voll anerkannte und bei aller Kooperations- und Hilfsbereitschaft alles vermied, was als Bevormundung hätte verstanden werden können. Deshalb hatte die SDP, die sich im Januar 1990 in SPD umbenannte, für ihren Meinungsbildungsprozess in der deutschen Frage ihren eigenen Spielraum. Der Übergang von der Bejahung der Zweistaatlichkeit bis zur Bejahung der staatlichen Einheit Deutschlands vollzog sich dann allerdings innerhalb von knapp zwei Monaten. Willy Brandt und ich ließen aber schon am 10. November 1989 keinen Zweifel daran, dass die deutsche Frage offen sei und letztlich die Bevölkerung der DDR in freier Wahl darüber entscheiden müsse, welche Antwort sie geben wolle.

Weiter wird deutlich, welch intensiven Kontakt die West-SPD schon damals auch mit anderen oppositionellen Bürgerrechtsgruppen pflegte. Das unterschied sie – übrigens auch schon vorher – insbesondere von der Union, bei der es schließlich auf die Übernahme einer Blockpartei, nämlich der Ost-CDU, hinauslief. Die West-SPD akzeptierte hingegen den zurückhaltenden Umgang der Ost-SPD

mit der Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder. Wie ich an anderer Stelle dargetan habe, halte ich das auch heute noch für richtig.

Schließlich möchte ich noch einmal an die emotionalen Empfindungen erinnern, die einen in jenen Tagen immer wieder überwältigten. Mir widerfuhr das am stärksten, als Willy Brandt, Dietrich Stobbe und ich am 10. November 1989 den seit knapp 24 Stunden geöffneten Grenzübergang Invalidenstraße auf dem Weg zu dem Treffen im Christlichen Hospiz passierten. Da kamen uns Tausende von Menschen aus Ost-Berlin entgegen, die sogleich Willy Brandt erkannten und ihm stürmisch zujubelten. Sie taten das mit einer unbeschreiblichen Freude auf ihren Gesichtern, die ich zeitlebens nicht vergessen werde. Damit verbindet sich für mich auch ein Gefühl tiefer Dankbarkeit gegenüber all denen, die dieses Wunder bewirkt und erstmals auf deutschem Boden eine friedliche Revolution ermöglicht haben.

München, im November 2014

Dr. Hans-Jochen Vogel

EINLEITUNG

„... auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie ...“

Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989 in Ost-Berlin

Ein bewegender Tag

Berlin am 10. November 1989: Die Mauer ist gefallen und die Millionenstadt, die 28 Jahre durch ein menschenverachtendes Bollwerk brutal geteilt war, befindet sich im fröhlichen Ausnahmezustand. Seit sich in den späten Abendstunden des 9. November die Grenztore überraschend geöffnet haben, sind Hunderttausende Menschen aus Ost-Berlin und der DDR auf den Straßen im Westteil der Stadt unterwegs und genießen ihre neue Freiheit. Es ist ein Tag der glücklichen Begegnungen und ein Tag spontaner Improvisationen. Das gilt auch und besonders für die westdeutschen Politiker, die umgehend an den Ort des Geschehens geeilt sind und zu denen nicht zuletzt die beiden damals führenden Sozialdemokraten in der Bundesrepublik gehören: der Partei- und Fraktionsvorsitzende, Hans-Jochen Vogel, und der Ehrenvorsitzende der SPD, Altkanzler Willy Brandt.

Am Vorabend ahnten beide noch nicht, dass sie innerhalb der nächsten 24 Stunden in Berlin vieles erleben würden, wovon sie lange Zeit nicht einmal zu träumen gewagt hätten. Über Nacht ist die Welt eine andere. Junge Leute tanzen auf der Mauer. Friedliche Massen passieren problemlos eine bis dato schier unüberwindliche, mörderische Grenze. Überall sind Menschen mit Gesichtern voller Freude zu sehen, aber auch viele, die ihr Glück nicht fassen können und die sich ihrer Tränen nicht schämen.

All das zählt zu den unvergesslichen und emotional berührenden Eindrücken des 10. November 1989. Für die früheren Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt (1957–1966), Hans-Jochen Vogel (1981) und Dietrich Stobbe (1977–1981), kommt am Abend dieses bewegenden Tages noch ein weiteres außergewöhnliches Ereignis hinzu: Eine Begegnung mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) in der Ost-Berliner Albrechtstraße. Über das Zustandekommen und die Umstände dieses Treffens war bislang nur sehr wenig bekannt und über den Inhalt des dabei geführten Gesprächs wurde meist nur spekuliert. Nunmehr aber liegt ein nahezu vollständiges Wortprotokoll

der Zusammenkunft vor, das auf der Transkription einer Tonbandaufzeichnung¹ beruht, die vor wenigen Monaten im Depositum von Hans-Jochen Vogel im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung durch deren Mitarbeiter Sven Haarmann gefunden worden ist. Mit Zustimmung von Herrn Dr. Vogel übernahm es die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung in Berlin, die Aufnahme zu transkribieren. In diesem Heft wird die Transkription erstmals vollständig veröffentlicht und kommentiert. Es handelt sich um eine bedeutende zeithistorische Quelle, die eine Lücke in der Überlieferung der Kontakte zwischen den Sozialdemokraten in Ost und West im Herbst 1989 schließt und die das Verständnis für die damaligen Beziehungen zwischen SPD und SDP vertieft.

In dieser Einleitung soll zunächst geschildert werden, wie der Tagesablauf für Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel am 10. November 1989 aussah und wie es zu dem Treffen in Ost-Berlin kam. Danach sollen die wichtigsten Punkte des Gesprächs analysiert und in den historischen Kontext eingeordnet werden. Die Dokumentation wird ergänzt durch Fotos und das Faksimile eines Vermerks.

Die Kunde vom neuen Reisegesetz und von der Grenzöffnung

Bonn am Abend des 9. November 1989: Die Nachricht, dass für die Bürger der DDR nach den Worten von Günter Schabowski „sofort, unverzüglich“ die allgemeine Reisefreiheit gelten sollte, verbreitete sich auch in der Bundeshauptstadt wie ein Lauffeuer. Die Sitzung des Bundestages wurde um 20.22 Uhr für knapp 25 Minuten unterbrochen. Bei der Wiederaufnahme gaben Kanzleramtsminister Rudolf Seiters (CDU) und nachfolgend Hans-Jochen Vogel (SPD), Alfred Dregger (CDU), Helmut Lippelt (Grüne) und Wolfgang Mischnick (FDP) für ihre Fraktionen kurze Erklärungen ab. Unter dem lebhaften Beifall des ganzen Hauses stellte der SPD-Fraktionsvorsitzende fest, „daß die Mauer nach 28 Jahren ihre Funktion verloren hat“, und fügte hinzu: „Sie werden verstehen, daß sich mein Blick in diesem Augenblick auf Willy Brandt richtet, den Regierenden Bürgermeister von Berlin an dem Tage, an dem 13. August 1961, an dem dieses inhumane Bauwerk entstanden ist.“² Brandt hatte dabei Tränen in den Augen.³ Nachdem die Abgeordneten

¹ Das Tondokument ist online abrufbar unter <http://www.willy-brandt.de/stiftung/forschung-und-publikationen/tondokumente.html>.

² Siehe Plenarprotokoll 11/174 vom 9. November 1989, S. 13221 f. unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/11/11174.pdf>

spontan die Nationalhymne gesungen hatten, wurde die Sitzung um 21.10 Uhr geschlossen. Still und allein ging der Altkanzler zum Ausgang. Doch die SPD-Abgeordnete Liesel Hartenstein eilte ihm nach, um ihm für seine mutige Politik zu danken. Gerührt nahm Brandt seine Bewunderin in den Arm.⁴

Anschließend wurde er nach Unkel gefahren, wo seine Frau Brigitte Seebacher noch voll und ganz mit dem tags zuvor vollzogenen Umzug in das neue Haus beschäftigt war. Fernseher und Radio waren noch nicht angeschlossen, so dass die Eheleute nach einem Imbiss zu Bett gingen, ohne mitzubekommen, was sich in den späten Abendstunden an den Grenzübergängen in Berlin abspielte.⁵ Wie sich zeigte, lag der grüne Abgeordnete Lippelt mit seiner Vermutung richtig, die er in seiner kurzen Rede im Bundestag geäußert hatte: „Ich denke, daß heute in der Nacht noch, aber morgen ganz gewiß das Fest der Freizügigkeit in Berlin stattfinden wird.“⁶

Dass tausende Ost-Berliner dieses Fest bereits seit Stunden in West-Berlin feierten, erfuhr Brandt erst durch den Anruf eines Journalisten vom Hessischen Rundfunk (hr) zwischen vier und fünf Uhr morgens. Der Redakteur Thomas Klee sollte ein Interview arrangieren, das die Moderatorin des hr1-Morgenmagazins, Birgit Schamari, mit Willy Brandt führen wollte.⁷ Brigitte Seebacher ging ans Telefon und weckte ihren Mann mit den Worten: „Da ist jemand, der sagt, die Mauer sei auf, und will Dich sprechen.“⁸ Brandt sagte Klee zu, für ein Interview mit Frau Schamari zur Verfügung zu stehen, das dann kurz nach 7 Uhr stattfand.⁹ Einige Stunden später berichteten mindestens drei Nachrichtenagenturen über seine

³ Vgl. Hans-Jochen Vogel: Der Anteil der SPD am deutschen Einigungsprozess, in: Ders./Erhard Eppler/Wolfgang Thierse: Was zusammengehört. Die SPD und die deutsche Einheit 1989/90, Freiburg im Breisgau 2014, S. 9–183 (S. 10).

⁴ Vgl. „Spontan sangen fast alle von Einigkeit und Freiheit“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 11. November 1989, „Auch die Grünen singen das Deutschlandlied mit“, in: Stuttgarter Zeitung vom 11. November 1989 sowie „Eine friedliche Revolution“, in: Der Spiegel, Nr. 46 vom 13. November 1989, S. 18–28 (S. 20). In einem Bericht der „Tagesthemen“ vom 9. November 1989 ist die Umarmung von Brandt und Hartenstein kurz zu sehen.

⁵ Vgl. Brigitte Seebacher: Willy Brandt, München–Zürich 2004, S. 295.

⁶ Plenarprotokoll 11/174 vom 9. November 1989, S. 13223 (siehe Anm. 2).

⁷ Siehe die Schilderungen von Thomas Klee in einem hr-Interview am 7. November 2014 unter http://www.hr-online.de/website/radio/hr1/index.jsp?rubrik=67233&key=standard_document_53491745

⁸ Vgl. Seebacher 2004, S. 296.

⁹ Schriftliche Auskunft von Thomas Klee vom 10. November 2014.

Äußerungen im Hessischen Rundfunk, am ausführlichsten AFP.¹⁰ Den Agenturmeldungen dürfte eine Pressemitteilung zugrunde gelegen haben, die den Gesprächsinhalt in einer redaktionell bearbeiteten Fassung verbreitete.¹¹ Erstaunlicherweise findet sich in den Sendefahrplänen des hr, in denen eigentlich genauestens verzeichnet wurde, was vom Sender ausgestrahlt worden ist, keinerlei Hinweis auf das Interview mit Willy Brandt an diesem Tag. Ein Mitschnitt des hr, der das Telefoninterview damals auf Kassette aufgezeichnet hatte, ist auch nicht mehr vorhanden.¹² Nun ist aber doch noch eine Aufnahme von Brandts erster öffentlicher Äußerung zum Mauerfall aufgetaucht. 25 Jahre und einen Tag danach fand Birgit Schamari auf ihrem Dachboden eine Kassette, mit der ihr Ehemann jenes Interview aufgenommen hatte.¹³ Das Transkript des Gesprächs ist im Dokumentationsteil dieses Heftes abgedruckt.¹⁴

Der Tag in Berlin

Ins Bett ging Willy Brandt nach dem frühmorgendlichen Anruf nicht mehr. Nach dem Interview fuhr er zeitig in sein Bundestagsbüro nach Bonn, bei dem sich bereits die Berliner Senatskanzlei gemeldet hatte. Der Regierende Bürgermeister lud Brandt ein, an einer Sondersitzung des Abgeordnetenhauses teilzunehmen, die um 15 Uhr beginnen sollte.¹⁵ Für die Reise nach Berlin stand auch schon eine britische Militärmaschine zur Verfügung, die um ca. 10.45 Uhr am Flugplatz Bonn-Hangelar startete und um ca. 12.20 Uhr auf dem Flughafen Berlin-Tempelhof landete. Begleitet wurde Brandt von seinem Büroleiter im Bundeshaus, Klaus-Henning Rosen, seiner Sekretärin Gabriele Holleder und zwei Personenschützern.¹⁶

¹⁰ Siehe die AFP-Meldung „Brandt: Stille Revolution wird Spaltung hinter sich lassen“, vom 10. November 1989, 12.32 Uhr. Zuvor hatten bereits dpa um 10.21 Uhr und Reuter um 10.55 Uhr über das hr-Interview berichtet. Siehe die Sammlung von Meldungen zum Mauerfall im Archiv des Südwestfunks (SWF).

¹¹ Die AFP-Meldung endete mit dem Hinweis: „Das Interview lag in redaktioneller Fassung vor.“

¹² Schriftliche und mündliche Auskünfte des Archivs des Hessischen Rundfunks vom 17. Oktober bzw. vom 11. November 2014.

¹³ Mündliche Auskunft von Birgit Schamari vom 11. November 2014.

¹⁴ Entgegen der Behauptung von Thomas Klee (siehe Anm. 7) fiel der Satz „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ in diesem Interview nicht.

¹⁵ Siehe den Vermerk von „KHR“ [Klaus-Henning Rosen] „Betr.: Sondersitzung des Berliner Abgeordnetenhauses“ vom 10.11.1989, in: AdSD, WBA, A 3, 1058.

¹⁶ Siehe die Einträge in Brandts Terminkalender in: AdSD, WBA, A 1, 240.

Beim Eintreffen am Rathaus Schöneberg, dem damaligen Sitz des West-Berliner Abgeordnetenhauses und des Regierenden Bürgermeisters, gab Brandt den Reportern Ansgar Hocke (SFB) und Lutz Krieger (Deutschlandfunk) ein knapp fünfminütiges Interview, das um ca. 12.45 Uhr in der Sendung „Mittagsecho“ im SFB ausgestrahlt wurde. Bei dieser Gelegenheit sagte er erstmals den Satz, der bald zum geflügelten Wort für den deutschen Einigungsprozess werden sollte: „Jetzt sind wir in einer Situation, in der wieder zusammenwächst, was zusammengehört.“¹⁷ Mit der Hinzufügung, „Das gilt für Europa im Ganzen“, machte Brandt zugleich klar, dass er dabei nicht nur an Deutschland dachte.

An Ort und Stelle erfuhr er davon, dass es auf Einladung von Parlamentspräsident Jürgen Wohlrabe nach der Sondersitzung des Abgeordnetenhauses eine Kundgebung vor dem Rathaus geben würde. Dabei sollten Bundeskanzler Helmut Kohl, der seinen Polen-Besuch wegen der Maueröffnung unterbrach, der Regierende Bürgermeister Walter Momper, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Willy Brandt reden. Beginnen sollte die Veranstaltung zunächst um 15 Uhr, später hieß es 16 Uhr.

Um die Zeit zu überbrücken, fuhr Brandt, begleitet von Dietrich Stobbe, zum Brandenburger Tor, wo Tausende vor und auf der Mauer feierten. Dorthin gelangte fast zeitgleich auch Walter Momper, der am Vormittag noch im Bundesrat in Bonn gewesen war und sich vom Flughafen Tempelhof über die verstopften Straßen zur Grenze hatte durchkämpfen müssen. Von einem improvisierten Pressepodest aus hielten Momper und Brandt, die beide etwas besorgt waren, dass die Lage am Brandenburger Tor durch unbedachte Handlungen außer Kontrolle geraten könnte, über Megafone kurze Ansprachen.¹⁸ Das SFB-Mittagsecho schaltete um ca. 13.50 Uhr live zum Reporter Günter Hellmich vor Ort, konnte aber nur die letzten Sätze aus der Rede des SPD-Ehrentvorsitzenden übertragen. Etwas mehr konnte RIAS-TV einfangen. Brandt sagte:

„Da kann irgendwo ... irgendwo kann sogar ein Stück stehenbleiben fürs Museum. Aber die Menschen müssen einander wieder frei begegnen können, nicht nur

¹⁷ Zur Entstehungsgeschichte dieses Satzes vgl. Bernd Rother: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ – Oder: Warum Historiker Rundfunkarchive nutzen sollten, in: Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört? Deutschland und Europa zehn Jahre nach dem Fall der Mauer: Vortrag im Rathaus Schöneberg zu Berlin, 5. November 1999, Berlin 2001 (Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft 8), S. 25–29. Der Wortlaut des Interviews ist dokumentiert in: Ebd., S. 43 ff.

¹⁸ Vgl. Walter Momper: „Berlin nun freue Dich!“ Mein Herbst 1989, Berlin 2014, S. 160–163.

mal für'n paar Tage, sondern überhaupt. Und wie der Regierende Bürgermeister gesagt hat, wir möchten uns hier in Berlin verbinden mit dem Ruf unserer Landsleute in der DDR: nicht nur Informationsfreiheit, sondern auch wirklich freien Reiseverkehr und freie Wahlen! Die ... die Mauer kriegen wir heute noch nicht weg. Aber es dauert nicht mehr lange. Und deshalb sage ich: Die Demonstration auf der Mauer bewegt mich auch sehr. Die ganze Welt sieht das, was ihr dort auf der Mauer zum Ausdruck bringt. Aber das soll uns nicht daran hindern, dass wir heute Nachmittag mit allen anderen zusammen uns zu einer machtvollen Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus versammeln. Auf Wiedersehen bis nachher.“¹⁹

Nach dem Bad in der Menge und etlichen Interviews²⁰ kehrte Brandt am Nachmittag zum Rathaus Schöneberg zurück. Dort war inzwischen auch Hans-Jochen Vogel eingetroffen, der in seiner Eigenschaft als ehemaliger Regierender Bürgermeister ebenfalls zur Sondersitzung des Abgeordnetenhauses eingeladen worden war. Am Morgen hatte der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD vor der Bundespressekonferenz in Bonn schon eine Erklärung zur Grenzöffnung abgegeben und um 11.30 Uhr eine kurze Fraktionssitzung geleitet.²¹ Im Büro des Regierenden Bürgermeisters fanden sich neben Brandt, Vogel und Stobbe auch Gert Weisskirchen und Egon Bahr ein.²²

Der Beginn der Plenarsitzung verzögerte sich jedoch wegen eines erbitterten Streits der Fraktionen um den Satzesatz einer Resolution, die das Parlament

¹⁹ Der Ausschnitt aus RIAS-TV ist abrufbar unter http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/day/10/field/audio_video/month/November/popupVideo/70999/year/1989

²⁰ Eines dieser Interviews wurde am 10. November 1989 in der Abendschau des SFB-Fernsehens gesendet. Siehe http://www.youtube.com/watch?v=_vskMeGnTno

²¹ Vogels Äußerungen vor der Bundespressekonferenz in Bonn am Vormittag des 10. November 1989 sind dokumentiert in: Ilse Fischer (Hg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90, Bonn 2009, S. 137–141.

²² Bei einer Tagung in Warschau im Juni 2007 schilderte Gert Weisskirchen die Szene so: „Willy Brandt, der ja häufig sehr stumm war und erst nach gewissen Momenten auftauen konnte, saß in sich versunken an einem großen Schreibtisch und Egon Bahr weit weg von ihm an einem Fenster. Beide schienen in diesem Moment relativ wenig miteinander zu tun zu haben.“ Zitat aus: Friedhelm Boll/Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): „Nie mehr eine Politik über Polen hinweg.“ Willy Brandt und Polen, Bonn 2010 (Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Willy-Brandt-Studien, Bd. 4), S. 286. In einer dpa-Meldung vom 10. November 1989, um 18:04 Uhr, wurde erwähnt, dass neben Vogel und Brandt auch Bahr im Rathaus Schöneberg der Sondersitzung des Abgeordnetenhauses beigewohnt habe. Vgl. auch „Willy Brandts Come-Back“, in: die tageszeitung vom 11. November 1989.

zum Fall der Mauer verabschieden sollte. Die Alternative Liste (AL), der grüne Koalitionspartner der SPD, mochte der von der CDU vorgeschlagenen Formulierung auf keinen Fall zustimmen, wonach das Abgeordnetenhaus von Berlin an dem Ziel festhalten würde, „auf einen Zustand des Friedens und der Einheit Europas hinzuwirken, in dem auch das deutsche Volk in Freiheit seine Einheit erlangen kann“.²³ Die Berliner Grünen lehnten das Wort „Einheit“ am Ende des Satzes strikt ab, so dass hinter den Kulissen mühsam um eine Einigung gerungen werden musste. Der rot-grüne Kompromiss, an dessen Ausarbeitung Hans-Jochen Vogel intensiv beteiligt war, lautete schließlich: „Das Abgeordnetenhaus von Berlin hält fest an dem Ziel, auf einen Zustand des Friedens und der Einheit in Europa hinzuwirken, in dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung zu der Gestaltung seines Zusammenlebens gelangen kann, für die es sich in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts entscheidet.“²⁴ Die CDU und die Republikaner stimmten dieser Formulierung jedoch nicht zu. Zum Entsetzen der prominenten Gäste aus Bonn verlief die Sondersitzung des Abgeordnetenhauses, die erst gegen 16 Uhr beginnen konnte und rund eine Stunde dauerte, alles andere als feierlich, sondern hitzig und kontrovers. Zu allem Überfluss wurde die Debatte über Lautsprecher nach draußen auf den John-F.-Kennedy-Platz übertragen, wo sich bereits Tausende Berlinerinnen und Berliner zur anschließenden Kundgebung versammelt hatten. Sie quittierten das Gezänk drinnen mit Pfiffen.²⁵

Kurz nach 17 Uhr konnte die Kundgebung endlich beginnen. Nach der Eröffnung durch Parlamentspräsident Wohlrabe traten der Regierende Bürgermeister Momper, Altkanzler Brandt, Bundesaußenminister Genscher und Bundeskanzler Kohl als Redner auf. Das Deutsche Fernsehen übertrug live. Die hör- und sichtbaren Animositäten zwischen Kohl und Momper, die massiven Störungen der Kanzlerrede durch einen Teil des Publikums und die stimmlichen Misstöne beim Singen der Nationalhymne zum Schluss trübten leider das Bild der Veranstaltung. Die Ansprache Willy Brandts war dagegen mit viel Beifall und Jubel aufgenommen worden, besonders die Sätze „Berlin wird leben, und die Mauer wird fallen“

²³ Der Formulierungsvorschlag der CDU, dem zuzustimmen die SPD bereit war, lehnte sich an den „Brief zur Deutschen Einheit“ an, den die sozial-liberale Bundesregierung 1970 anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags an die Sowjetunion und 1972 anlässlich des Grundlagungsvertrages an die DDR übergeben hatte.

²⁴ Vgl. Momper 2014, S. 166 f.

²⁵ Vgl. „Peinliche Auftritte und schiefe Töne“, in: Der Tagesspiegel vom 10. November 2009.

und „(...) jetzt erleben wir, und das ist etwas Großes – und ich bin dem Herrgott dankbar dafür, dass ich dies miterleben darf – wir erleben, dass die Teile Europas wieder zusammenwachsen.“ Die Worte „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ fielen in dieser Rede nicht.²⁶

„Hast du heute Abend noch was vor?“

Die Kundgebung endete gegen 18 Uhr und noch auf dem Treppenaufgang des Rathauses, von dem aus die Redner gesprochen hatten, stellte Hans-Jochen Vogel dem SPD-Ehrevorsitzenden überraschend die Frage: „Hast du heute Abend noch was vor?“²⁷ Vogel lud Brandt ein, ihn nach Ost-Berlin zu begleiten, wo er mit Vertretern der SDP in der DDR zu einem Gespräch verabredet war.

Dieser Termin Vogels war äußerst kurzfristig vereinbart worden. Erst am Morgen des 10. November hatte der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende den Bundestagsabgeordneten Gert Weisskirchen gebeten, für den Abend eine Begegnung mit ostdeutschen Sozialdemokraten und zugleich auch mit Vertretern anderer Oppositionsgruppen in Ost-Berlin zu arrangieren.²⁸ Für Weisskirchen, der seit Jahren gute Kontakte zur Opposition in der DDR unterhielt, war das eine alles andere als leichte Aufgabe. Einfach mal eben ein paar Leute „drüben“ anzurufen war praktisch nicht möglich. Denn dort hatten nur die wenigsten einen privaten Anschluss, am ehesten waren die Pfarrer telefonisch erreichbar. Hinzu kam, dass in jenen Tagen dringliche Anrufe in die DDR über eine Sonderanmeldung gehen mussten, die wiederum ständig blockiert war.

Zwei Stunden lang verbrachte Weisskirchen an diesem Morgen am Telefon, um Ort und Zeit für ein Treffen am Abend abzumachen. In einem handschriftlichen Vermerk für Hans-Jochen Vogel hielt er fest, dass die Begegnung ab 17 Uhr oder auch etwas später im Christlichen Hospiz in der Albrechtstraße, einem Hotel in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße, stattfinden sollte.²⁹ Offenbar hatte Weisskirchen mit Vertretern der SDP nicht direkt sprechen können. Es sei nur möglich gewesen, so berichtete er an Vogel, dass Pfarrer Rainer Eppelmann von

²⁶ Vgl. Rother 2001, S. 25–29. Der Wortlaut der Rede ist dokumentiert in: Willy Brandt: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2009 (Berliner Ausgabe, Bd. 10), S. 385–390.

²⁷ Mündliche Auskunft von Sepp Binder, damals Pressesprecher der SPD-Bundestagsfraktion, im Oktober 2014.

²⁸ Mündliche Auskunft von Gert Weisskirchen im September 2014.

²⁹ Siehe den hs. Vermerk in AdsD, 1/HJVA107056.

13

Soeben abgemacht
 ab 17 Uhr
 Christliches Hospiz, Albrechtstraße
 (Nähe Berliner Ensemble)
 Zeitpunkt kann auch etwas später
 liegen.
 Nach 2 Stunden Telefonversuchen
 war es mir möglich, das
 Rainer Eppelmann die Hilfe
 übernahm, SDP zu verständigen.
Probleme Anwohnern 7
 Demnach der Anbruch macht im
 Hospiz ab 16 Uhr eine Presse-
 Konferenz
 Gert Weisskirchen

Hs. Vermerk von Gert Weisskirchen für Hans-Jochen Vogel vom 10. November 1989, in: AdsD, 1/HJVA107056. Vogel notierte darauf hs. die Adresse von Christa Wolf: „Amalienpark 7“.

der Samariter-Gemeinde, ein Gründungsmitglied der Partei „Demokratischer Aufbruch (DA)“, die Sozialdemokraten in Ost-Berlin über den Termin informieren würde. Wahrscheinlich hatte Weisskirchen auch mit Pfarrer Peter Hilsberg von der Golgatha-Gemeinde – dem Vater des Ersten Sprechers der SDP, Stephan Hilsberg – sowie mit Pfarrer Hans Simon von der Zionskirchgemeinde telefoniert, die dann auch beide am abendlichen Treffen im Christlichen Hospiz teilnahmen. Kurzzeitig war am Morgen erwogen worden, die Begegnung in einem Raum in der Zionskirchgemeinde durchzuführen, was aber aus organisatorischen Gründen nicht möglich war.³⁰

Am Rathaus Schöneberg musste Willy Brandt nicht lange überlegen, ob er Hans-Jochen Vogel nach Ost-Berlin begleiten wollte. Zwar hatte er als Präsident der Sozialistischen Internationale tags zuvor einen Brief an die SDP geschickt und eine Delegation der Partei zur bevorstehenden Ratstagung der SI nach Genf eingeladen.³¹ Persönlich kennengelernt hatte Brandt aber noch keinen der ostdeutschen Sozialdemokraten, die am 7. Oktober 1989 in Schwante die SDP gegründet und dabei gleich auch die Mitgliedschaft in der SI beantragt hatten. Die Gelegenheit zum direkten Gespräch wollte er nicht auslassen.

Vogel hatte immerhin schon am 22. Oktober 1989 in Bonn mit Steffen Reiche, einem der Gründungsmitglieder der SDP, sprechen können, der während einer privaten Westreise völlig unverhofft die Möglichkeit bekommen hatte, mit der SPD-Spitze in Kontakt zu treten. Auch wenn diese und weitere öffentlichkeitswirksame Unterredungen Reiches mit führenden westdeutschen Sozialdemokraten in der zweiten Oktoberhälfte zuvor nicht abgesprochen gewesen waren (zum Ärger mancher seiner ostdeutschen Parteifreunde), so hatten diese Begegnungen im beiderseitigen Verhältnis doch einen wichtigen Durchbruch erbracht. Von da an hoffte die SPD nicht mehr auf irgendwelche Reformer in der SED, sondern setzte auf die Opposition in der DDR. Und die SDP war nun ihr erster – wenngleich (noch) nicht der einzige – Ansprechpartner.³² So kam es bereits in den letzten Oktobertagen zu einer ganzen Reihe von Treffen sozialdemokratischer Politiker (u.a. Norbert Gansel, Gert Weisskirchen, Erhart Körting, Horst Ehmke, Walter Momper und Egon Bahr) mit Repräsentanten der SDP und anderer Oppositionsgruppen. Nach der historischen Zäsur des Mauerfalls war es

³⁰ Mündliche Auskunft von Pfarrer i. R. Hans Simon im Oktober 2014.

³¹ Siehe den an „Ibraim [sic] Böhme“ adressierten Brief Willy Brandts vom 9. November 1989 in: AdsD, WBA, A 13, 140 C.

für Hans-Jochen Vogel um so wichtiger, weitere Mitglieder des Führungszirkels der SDP und deren politische Positionen kennenzulernen und mit ihnen über die nun anstehenden nächsten Schritte in der DDR wie in den deutsch-deutschen Beziehungen zu sprechen.

In der Autokolonne, die sich am frühen Abend des 10. November 1989 vom Rathaus Schöneberg in Richtung Ost-Berlin in Bewegung setzte, fuhr übrigens auch Steffen Reiche mit. Er hatte der Kundgebung beigewohnt und war von Dietrich Stobbe auf das bevorstehende Treffen in der Albrechtstraße angesprochen worden. Weil er den ganzen Tag in West-Berlin unterwegs gewesen war, wusste Reiche noch nichts von dem Termin. Die Mitfahrgelegenheit, die Stobbe ihm anbot, nahm er gerne an.³³ Dass die Fahrt nach Ost-Berlin dann mehr als eine Stunde dauerte, lag nicht nur am weiterhin sehr dichten Verkehr auf den Berliner Straßen. Am Grenzübergang Invalidenstraße wurden die Sozialdemokraten zudem für einige Zeit aufgehalten, weil u. a. Willy Brandt (wie immer) seinen Ausweis nicht dabei hatte und ihm deshalb die DDR-Kontrollbeamten gemäß der Vorschriften die Einreise zunächst nicht gestatten wollten. Das veranlasste Hans-Jochen Vogel zu der scherzhaft-ironischen Beteuerung gegenüber den Grenzern: „Ich garantiere Ihnen, das ist Willy Brandt!“³⁴ Obwohl der im Auto sitzen blieb, wurden aus der Menschenmasse, die sich am Übergang drängte, viele „Willy, Willy“-Rufe laut.³⁵ Nach einigem Hin und Her – vermutlich hielten die DDR-Beamten Rücksprache mit übergeordneten Stellen – durften die Wagen mit allen ihren Insassen endlich die Grenze passieren und das sogar gebührenfrei.

Im Christlichen Hospiz in der Albrechtstraße wartete man derweil schon seit 17 Uhr auf die Besucher aus dem Westen.³⁶ Von der SDP waren die Gründungsmitglieder Martin Gutzeit und „Ibrahim“ Böhme (eigentlich: Manfred Otto

³² Zu Verlauf und Bedeutung des Besuchs von Steffen Reiche in Bonn, bei dem er am 22. Oktober 1989 von Hans-Jochen Vogel empfangen worden war und anschließend auch an den Sitzungen des SPD-Präsidiums und des Fraktionsvorstands hatte teilnehmen können, vgl. Peter Gohle: Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90, Bonn 2014, S. 121–124, sowie Steffen Reiche: Die Gründung der SDP in der DDR und die erste Kontaktaufnahme mit der SPD. Ein Bericht zur Deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, in: Franz-Josef Jelich/Stefan Goch (Hrsg.): Geschichte als Last und Chance. Festschrift für Bernd Faulenbach, Essen 2003, S. 193–203.

³³ Mündliche Auskunft von Steffen Reiche im Oktober 2014.

³⁴ Mündliche Auskunft von Sepp Binder im September 2014.

³⁵ Mündliche Auskunft von Eduard Heußen am 12. November 2014.

³⁶ Mündliche Auskunft von Pfarrer i. R. Hans Simon im Oktober 2014.

Böhme) sowie Pfarrer Peter Hilsberg anwesend, der seinen Sohn Stephan vertrat, der durch eine andere Veranstaltung verhindert war. Darüber hinaus hatten sich Pfarrer Hans Simon³⁷ und dessen Ehefrau sowie weitere Personen eingefunden, die mutmaßlich zur DDR-Opposition zählten.³⁸

Das Treffen in der Albrechtstraße in Ost-Berlin

Gemeinsam mit Stobbe, Weisskirchen und Reiche kamen Vogel und Brandt, begleitet von den SPD-Pressesprechern Sepp Binder und Eduard Heußen, den Mitarbeitern Rosen und Hollederer sowie von zwei Personenschützern, etwa gegen 19.45 Uhr im Christlichen Hospiz an. Ein Kamerateam des ZDF mit dem Journalisten Dr. Werner Brüßau war auch vor Ort.³⁹ Es hielt sowohl die Ankunft im Hospiz und den herzlichen Empfang als auch einige Sequenzen des nachfolgenden Gesprächs in Bild und Ton fest.⁴⁰ Während das Treffen schon im Gange war, erreichte auch Barbara Klemm das Hotel in der Albrechtstraße. Die für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ tätige Fotografin hatte davon gehört, dass Willy Brandt dort sein würde, und nachdem sie hinter mehrere Türen geschaut hatte, fand sie den Versammlungsraum und machte einige Fotos.⁴¹

Dass fast das gesamte Gespräch von ca. 80 Minuten Länge für die Nachwelt erhalten wurde, ist einem Aufnahmegerät zu verdanken, das von Eduard Heußen, dem Pressesprecher des SPD-Parteivorstands, gut sichtbar auf den Tisch platziert worden ist.⁴² Heußen übergab die Originalkassette 1990 an den damaligen Leiter

³⁷ Simon hatte 1986 die Kellerräume des Gemeindehauses der Zionskirchgemeinde für die Umweltbibliothek (UB) zur Verfügung gestellt. Die UB hatte sich danach rasch zu einem Kommunikationszentrum der Berliner und später der DDR-Opposition entwickelt. Bei ihrer Besetzung im Herbst 1987 durch die Stasi waren mehrere Mitarbeiter der UB verhaftet worden. Das führte zu einer Mobilisierung der gesamten Opposition. Vgl. Ehrhart Neubert: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Bonn 1997, S. 629 f. und 694 f.

³⁸ Wahrscheinlich befanden sich insgesamt etwas mehr als 20 Personen im Raum. Siehe dazu die im Heft abgedruckten Fotos. Leider konnten nicht alle Teilnehmer identifiziert werden.

³⁹ Die Nachrichtenagentur Reuter hatte um 18.47 Uhr gemeldet, dass Brandt und Vogel in den Ostteil Berlins gefahren seien, um sich dort mit Vertretern der SDP zu treffen.

⁴⁰ Daraus entstand ein ca. fünfminütiger Beitrag, der am späten Abend des 10. November 1989 in der Sendung „ZDF spezial“ ausgestrahlt wurde. Die darin enthaltenen O-Töne konnten ebenfalls für die Transkription herangezogen werden.

⁴¹ Siehe das Videointerview mit Barbara Klemm auf der Internetseite der FAZ vom 20. Oktober 2014: <http://www.faz.net/video/videoarchiv/25-jahre-mauerfall-erschoepft-in-willy-brandts-auto-13219106.html>



Tonbandkassette aus dem Depositum von Hans-Jochen Vogel.

des AdsD, Werner Krause. Der ließ davon Duplikate anfertigen, von denen eines seinerzeit an das Büro von Hans-Jochen Vogel übergeben wurde.⁴³

Eines lassen die Film- und Tonaufnahmen gleich erkennen: Die Vermutung mancher Autoren, die Begegnung sei von gegenseitiger Distanz, Unsicherheit und Verkrampftheit geprägt gewesen⁴⁴, trifft nicht zu. Schon der Auftakt war emotional berührend. Ibrahim Böhme, der zu diesem Zeitpunkt als Geschäftsführer

⁴² Vgl. Wollen wir nicht erst mal miteinander anstoßen?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. November 2014. Es handelte sich um ein schwarzes Aufnahmegerät, das auf den Fotos von Barbara Klemm und im Fernsehbeitrag des ZDF gut zu erkennen ist.

⁴³ So die mündliche Auskunft von Eduard Heußen am 12. November 2014. Demnach wurden allenfalls zwei bis drei Kopien erstellt. Eine dieser Kassetten wurde von Sven Haarmann, der im AdsD u.a. für den Aktenbestand des früheren SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Vogel zuständig ist, im April 2014 entdeckt. Siehe AdsD, 1/HJVA101420. Nach der Originalkassette wird weiter gesucht.

⁴⁴ Vgl. Daniel Friedrich Sturm: *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*, Bonn 2006 (Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Willy-Brandt-Studien, Bd. 1), S. 163, sowie Gohle 2014, S. 126. An Sturms Schilderungen des Treffens, die offenbar nur auf seinem Gespräch mit Dietrich Stobbe im Jahr 2003 beruhen, lässt sich beispielhaft zeigen, warum man sich auf die „oral history“ allein nicht verlassen sollte.

der SDP fungierte, versagte die Stimme, als er den „Genossen“ Willy Brandt begrüßte. Auch wenn man in Rechnung stellt, was damals nicht bekannt war, dass Böhme seit 1969 als Informeller Mitarbeiter (IM) der DDR-Staatsicherheit geführt wurde⁴⁵, war seine Rührung in diesem Augenblick wohl nicht gespielt. Von Anfang an redeten sich die anwesenden Sozialdemokraten mit „du“ und „ihr“ an. Außerdem stieß man bald miteinander an und Brandt brachte dabei einen Toast „auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie“ in der DDR und „für die Sozialdemokratie im Besonderen“ aus.⁴⁶

Insgesamt herrschte während des Treffens eine freundliche, zuweilen auch ausgesprochen heitere Stimmung vor. Immer wieder ist Lachen, mitunter recht laut, zu hören. Die Diskussion wurde gleichwohl mit allem Ernst geführt. Auffällig war dabei das Bemühen von westlicher Seite, vor allem von Hans-Jochen Vogel, über die Lage und die Probleme in der DDR und die politischen Vorstellungen der SDP so viel wie möglich zu erfahren sowie die eigene Politik zu erläutern. Anders ausgedrückt: Die Profis aus der Bundesrepublik wollten auf keinen Fall den Eindruck erwecken, sie wären gekommen, um den unerfahrenen Neulingen in der DDR zu erklären, was diese nun tun oder lassen sollten. Mit Ratschlägen hielten sich die Sozialdemokraten aus dem Westen folglich zurück. Ausdrücklich forderte Vogel die ostdeutschen Gesprächsteilnehmer auch dazu auf, zu benennen, was ihnen an der SPD und an der Bundesrepublik nicht gefiel. Vor allem drückte er mehrmals seine große Bewunderung für die mutige Opposition und die Volksbewegung in der DDR aus, nach seinen Worten die erste erfolgreiche „demokratische Revolution“ auf deutschem Boden.

Die Unterredung war von großem wechselseitigen Respekt geprägt und fand auf Augenhöhe statt. Man diskutierte ausführlich über die drängenden Themen und Probleme: den Flüchtlingsstrom aus der DDR in die Bundesrepublik, die weitere politische Entwicklung in der DDR, die Frage, wie das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zukünftig aussehen sollte, und den Ausbau der Beziehungen zwischen SPD und SDP. Dabei stimmten beide Seiten in vielen Punkten weitgehend überein, wie die Aufzeichnung zeigt.

⁴⁵ Vgl. Christiane Baumann: Manfred „Ibrahim“ Böhme. Ein rekonstruierter Lebenslauf, Berlin 2009.

⁴⁶ Der dabei servierte Sekt von der ortsüblichen Marke war allerdings nicht gekühlt, wie ein Zeuge berichtet.

Die Übersiedlerfrage

Die Zahl der Übersiedler sollte nicht weiter anwachsen, da die Massenabwanderung als wirtschaftlich destabilisierend und dadurch als Gefahr für die beginnende Demokratisierung in der DDR angesehen wurde. Eine Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts in der Bundesrepublik schlossen Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt jedoch klar aus. Gegen die von Pfarrer Hans Simon vorgetragene Forderung, die SPD solle sich öffentlich sehr viel stärker dafür aussprechen, dass die Menschen in der DDR bleiben, betonten beide, das Problem müsse differenziert betrachtet und die Entscheidung jedes Einzelnen respektiert werden. Es gebe, so Vogel, zudem auch in der Bundesrepublik Stimmen, die über die Übersiedler sagten: „Was wollen die eigentlich bei uns?“ Mit diesen Kräften wolle die SPD „überhaupt nichts gemein haben“.

Ausgerechnet in dieser Frage kam es unter den westdeutschen Sozialdemokraten aber bald zu einer innerparteilichen Kontroverse. Denn der voraussichtliche Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, griff den aufkeimenden Sozialneid in Teilen der westdeutschen Bevölkerung populistisch auf. Um die Abwanderung aus der DDR zu stoppen, wollte der saarländische Ministerpräsident ostdeutschen Neuankömmlingen die Inanspruchnahme von Sozialleistungen in der Bundesrepublik verweigern und zwar durch die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft. Die vom Grundgesetz garantierte einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit wäre dadurch obsolet geworden. Das SPD-Präsidium schloss sich hingegen der Haltung Vogels an und wies in einer Erklärung am 27. November 1989 die Vorschläge Lafontaines entschieden zurück.⁴⁷

Wie weiter in der DDR?

Bei dem Treffen am 10. November 1989 nahm die Erörterung der aktuellen Lage in der DDR und ihre zukünftige Entwicklung naturgemäß den größten Raum ein. In der Frage, auf welche Weise die Wirtschaft der DDR unterstützt und wieder belebt werden könnte, verfügten zu diesem Zeitpunkt aber weder die West- noch die Ost-Sozialdemokraten über ein detailliertes Programm. Als Oppositionsparteien verfügten sie jeweils auch gar nicht über die Mittel, um wirksame Hilfe leisten bzw. wirtschaftliche Reformen durchführen zu können.

⁴⁷ Vgl. Sturm 2006, S. 230 f., sowie Vogel 2014, S. 72 f.

Bei der SDP kam hinzu, dass sie mehrheitlich zu diesem Zeitpunkt, wie zunächst praktisch alle Oppositionsgruppen, in klarer Abgrenzung von der „kapitalistischen“ Bundesrepublik noch vom „dritten Weg“ und der Verwirklichung des „demokratischen Sozialismus“ in der DDR träumte. Auf diese hehren Ziele nahm Böhme mehrfach dezidiert Bezug. Ansonsten äußerten er und Gutzeit sich nur sehr allgemein und zurückhaltend über mögliche konkrete Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich, wobei sie dem Aspekt der sozialen Sicherheit sehr große Bedeutung gaben. Nichtsdestoweniger stimmten sie der Auffassung zu, dass bei veränderten Rahmenbedingungen sowie durch Zusammenarbeit mit dem Westen die Wirtschaft in der DDR aufgrund der Qualifikation und des Fleißes der Menschen wieder in Schwung kommen würde. „Herrgott noch mal, ihr habt doch dasselbe in den Köppen wie wir. (...) Ich mein', wir Deutsche kennen uns doch“, bekräftigte Hans-Jochen Vogel seinen Standpunkt.

Wenn die beiden SDP-Vertreter⁴⁸ konkrete Antworten auf Vogels Frage schuldig blieben, was nun im Einzelnen zu tun sei und wo der Westen helfen könne, so gab es dafür einen weiteren Grund: Gutzeit wies eindringlich auf die jahrzehntelange Verantwortung der SED hin, die zudem noch immer an den Hebeln der Macht saß. Die zahlenmäßig kleine Opposition traute sich noch nicht zu und hielt es auch nicht für klug, die Macht und damit auch die Verantwortung für die desolate Lage in der DDR sofort zu übernehmen.

In Bezug auf die nächsten politischen Weichenstellungen hatten die ostdeutschen Sozialdemokraten zwar schon einen Fahrplan ausgearbeitet. Doch der wenige Tage zuvor von Martin Gutzeit und Markus Meckel entworfene Zeitplan sah Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung erst im September 1990 und Parlamentswahlen im Frühjahr 1991 vor.⁴⁹ Bis dahin bräuchte die Opposition in der DDR, um sich im ganzen Land organisieren und konsolidieren können, argumentierte Gutzeit. In der Übergangszeit sollte die Opposition über den „Runden Tisch“, an dem sie mit der von der SED geführten Regierung gleichberechtigt sitzen würde, an der Macht beteiligt sein. Die Idee des „Runden Tisches“, der Anfang Dezember 1989 seine Arbeit aufnahm, wurde von Brandt und Vogel

⁴⁸ Steffen Reiche äußerte sich überhaupt nicht, was womöglich eine Reaktion auf seinen in der SDP teils heftig kritisierten Besuch in Bonn gewesen sein könnte.

⁴⁹ Vgl. Martin Gutzeit: SDP/SPD und Zentraler Runder Tisch, in: Ders./Helge Heidemeyer/Bettina Tüffers: Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90, Düsseldorf 2011, S. 156–163 (S. 156, Anm. 1).

nachdrücklich begrüßt. Sie plädierten zugleich auch dafür, in der Bundesrepublik einen „Runden Tisch“ einzurichten, was die Bundesregierung indes strikt ablehnte.

Gegenüber den SDP-Vertretern meldete der SPD-Ehrenvorsitzende am Abend des 10. November 1989 jedoch sofort Zweifel an, ob das in seinen Worten „sehr deutsch(e)“ Verfahren, zuerst eine Verfassung ausarbeiten und dann freie Wahlen abhalten zu wollen, wirklich sinnvoll sei. „Dafür zuviel Zeit zu verlieren für die übrige Demokratisierung, wäre in höchstem Maße bedenklich“, warnte Brandt. Er und Vogel rieten der SDP vielmehr dazu, eine baldige Verfassungsänderung anzustreben. Um freie Wahlen zu ermöglichen, reiche es aus, den absoluten Führungsanspruch der SED in Artikel 1 der DDR-Verfassung zu tilgen. Tags darauf erklärte Brandt in einer gemeinsamen Sondersitzung des Partei- und Fraktionsvorstandes der SPD in Bonn, „die Labilität [in der DDR] könne nur überwunden werden, wenn es bald zu freien Wahlen komme“.⁵⁰ Es sollte nur gut drei Wochen dauern, bis die SDP am 3. Dezember 1989 ihre Position in der Wahlfrage korrigierte und sich für die Durchführung freier Wahlen in der DDR schon im Mai 1990 aussprach.⁵¹

Welche Einheit für die Deutschen?

Am Tag nach dem Mauerfall herrschte unter den Gesprächspartnern im Christlichen Hospiz auch in puncto deutsche Frage weitgehende Übereinstimmung: Ausgangspunkt für alle Zukunftsüberlegungen war vorerst die Eigenständigkeit der DDR. Wie der SDP-Mitbegründer Martin Gutzeit betonte, ging es zuallererst um die „prinzipielle ökonomische und politische Selbstbestimmung der Bürger“. Eine sofortige oder rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten lehnte er ab, weil er für diesen Fall erhebliche Nachteile für die Menschen in der DDR befürchtete. „(W)enn (...) plötzlich die Einheit kommt, werden wir aufgekauft bis auf den letzten Nagel“, so Gutzeit. Zunächst müssten die Bürger in der DDR durch die Demokratisierung des Landes in die Lage versetzt werden, „wirklich frei“ über ihre Zukunft bestimmen zu können. „(W)ohin wir uns bestimmen, das

⁵⁰ Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 394. Siehe auch Fischer 2009, S. 144.

⁵¹ Vgl. Martin Gutzeit/Stephan Hilsberg: Die SDP/SPD im Herbst 1989, in: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, hrsg. von Eberhard Kuht in Verbindung mit Hanns-Jörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrag des Bundesministerium des Innern, Opladen 1999, S. 607–686 (S. 650 f. und S. 684).

muss man uns selbst überlassen“, und „wie sich die spätere politische Ordnung in Europa, auch zwischen den deutschen Staaten, ergibt, das ist noch gar nicht raus“, erklärte Gutzeit.

Seine Aussagen lagen voll und ganz auf der deutschlandpolitischen Linie, die Markus Meckel in seinem programmatischen Vortrag am 7. Oktober 1989 in Schwante gezeichnet hatte. Demnach erkannte die SDP „die Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit unseres Volkes“ an, unterstrich aber die Verbundenheit mit der Bundesrepublik durch die Zugehörigkeit zur gemeinsamen Nation. Auch wenn Meckel „die Rede von der Wiedervereinigung“ als „äußerst unproduktiv“ und – ganz im Sinne von Äußerungen Willy Brandts in den achtziger Jahren⁵² – als „rückwärts gewandt“ bezeichnet hatte, da es zu einer „Wiedervereinigung (...) nun bestimmt nicht“ kommen könne, schlossen die ostdeutschen Sozialdemokraten „künftige Optionen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung“ nicht aus.⁵³ Dazu zählte implizit natürlich auch die Möglichkeit der staatlichen Einheit Deutschlands. Handlungsorientierte politische Ziele konnten die Alternativen zur Zweistaatlichkeit nach Vorstellung der SDP jedoch noch nicht sein.

Am Abend des 10. November 1989 bat Hans-Jochen Vogel um eine Bestätigung, dass die deutschlandpolitische Position der SDP nach wie vor gelte und die Sozialdemokraten in der DDR nicht doch bereits die baldige Vereinigung mit der Bundesrepublik im Sinn hätten. Gutzeit gab ihm diese Bestätigung, die der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende mit Zufriedenheit zur Kenntnis nahm. Vogel fasste zusammen: Zum Zeitpunkt, in dem die Bürger in der DDR in der Lage dazu seien, sollten sie selbst entscheiden, welche Form des Zusammenlebens der Deutschen sie für richtig hielten.

Was die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts am Ende genau erbringen würde, hielt auch Willy Brandt damals für offen. In seiner Rede vor dem Rathaus Schöneberg sagte er: „Das Zusammenrücken der Deutschen, darum geht es, das

⁵² Brandt wandte sich gegen den Begriff „Wiedervereinigung“, weil nach seiner Meinung durch das Präfix „wieder“ das Missverständnis befördert wurde, „als ob die Geschichte und die europäische Wirklichkeit für uns eine Anknüpfung an das Bismarck-Reich bereithielte“. Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 348.

⁵³ Meckels programmatischer Vortrag vom 7. Oktober 1989 ist abgedruckt in: Wolfgang Herzberg/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.): Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen, Bonn 1993, S. 319–331.

Zusammenrücken der Deutschen verwirklicht sich anders, als es die meisten von uns erwartet haben. Und keiner sollte in diesem Augenblick so tun, als wüsste er ganz genau, in welcher konkreten Form die Menschen in den beiden Staaten in ein neues Verhältnis zueinander geraten werden. Dass sie in ein anderes Verhältnis zueinander geraten, dass sie in Freiheit zusammenfinden und sich entfalten können, darauf allein kommt es an.“⁵⁴ Auf jeden Fall rechnete Brandt damit, wie er es beim Treffen im Christlichen Hospiz formulierte, dass beim Zusammenwachsen Europas die Deutschen aufgrund ihrer Gemeinsamkeiten „eine engere Verbindung miteinander eingehen als sonstige Staaten in Europa“.

In der bereits zitierten Sondersitzung der sozialdemokratischen Spitzengremien in Bonn am 11. November sprach der SPD-Ehrenvorsitzende eine vielsagende Warnung an seine Partei aus: Es komme darauf an, dass sie sich „in der Frage der nationalen Einheit nicht verheddere, zumal nicht in Zeiten, wo sich die Menschen in Deutschland überall vereinten. Aus der Zweistaatlichkeit ein Dogma zu machen, sei ebenso abwegig wie im Nationalstaat die einzige Ableitung aus dem Grundgesetz zu sehen.“⁵⁵ Brandt war zwar keineswegs schon auf die staatliche Vereinigung festgelegt, wollte aber nichts ausschließen.

Auch unmittelbar nach dem Mauerfall konnten sich viele Politiker in Ost und West (noch) nicht vorstellen, dass die große Mehrheit der Menschen in der DDR schon in den darauf folgenden Tagen und Wochen mit immer größerer Macht auf eine schnelle Vereinigung der beiden Teile Deutschlands drängen würde. (Und wenn, dann sorgten sich nicht wenige zunächst eher vor einer solchen Entwicklung, weil die Stimmung vielleicht nationalistisch umkippen könnte.) Dass der Staat DDR in weniger als einem Jahr verschwunden und die Deutsche Einheit erreicht sein würde, ahnte niemand. Die Äußerungen von Pfarrer Hans Simon, der in der Runde in der Albrechtstraße nachdrücklich für eine eigenständige sozialistische DDR plädierte, dokumentieren zudem exemplarisch die seinerzeit vorherrschende Haltung der Oppositionsgruppen, die bis dato die friedliche Revolution bestimmt hatten.

Doch sehr bald nach dem 9. November 1989 wurde in der nationalen Frage eine wachsende Kluft zwischen Teilen der Oppositionsbewegung und der Bevölkerung in der DDR sichtbar, durch die jene oppositionellen Kräfte allmählich ins

⁵⁴ Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 386.

⁵⁵ Ebd., S. 395. Siehe auch Fischer 2009, S. 144.



Das Treffen im Hotel „Christliches Hospiz“ in der Ost-Berliner Albrechtsraße, 10. November 1989.

Abseits gerieten, die unbedingt an der Zweistaatlichkeit festhalten wollten. Auf die sich rasant verändernde Lage reagierte nicht nur Bundeskanzler Helmut Kohl mit seinem „Zehn-Punkte-Programm“ vom 28. November 1989. Auch die Sozialdemokraten in West und Ost passten sich der neuen Situation rasch an. Hans-Jochen Vogels „Fünf-Punkte-Plan“⁵⁶, den der SPD-Vorsitzende am selben Tag wie Kohl, aber noch vor ihm im Bundestag vortrug, sah – wie der Plan des Kanzlers – als Zwischenschritt zur Einheit und Freiheit Deutschlands eine deutsch-deutsche Konföderation vor. Und nur fünf Tage später war es die SDP, die als erste der demokratischen Parteien in der DDR erkannte, dass die Demokratisierung des Landes und der Prozess hin zur deutschen Einheit nicht mehr nacheinander, sondern gleichzeitig angegangen werden mussten. In ihrer am 3. Dezember 1989 verabschiedeten Erklärung zur deutschen Frage war „eine schnelle Wiedervereinigung im Sinne eines Anschlusses an die BRD“ für die Ost-Sozialdemokraten

⁵⁶ Vgl. Vogel 2014, S. 74 ff.

zwar noch Tabu. Aber „eine Konföderation der beiden deutschen Staaten“ erachteten sie für „eine schon bald mögliche Form“, „die Einheit der deutschen Nation zu gestalten“.⁵⁷

Vertiefung der Beziehungen zwischen SPD und SDP

Mit der Forderung, die freien Wahlen vorzuziehen, und mit dem klaren Bekenntnis zur deutschen Einheit unternahm die SDP Anfang Dezember 1989 wichtige Schritte, um sich aus dem bisherigen Oppositionsbündnis in der DDR herauszulösen und ein eigenes Profil zu entwickeln. Diese Kehrtwende ist nicht zuletzt auf die verstärkten Kontakte mit der West-SPD zurückzuführen, die wiederum als eine Folge des Treffens vom 10. November 1989 angesehen werden dürfen.

Die Intentionen von Ibrahim Böhme waren allerdings andere gewesen, wie die Tonaufnahme belegt. Gegenüber Vogel und Brandt hob er zum einen die Unabhängigkeit der Ost-Sozialdemokraten hervor. Die SDP verstand sich als neue Partei und nicht als Wiedergründung der SPD, die bis zum Mauerbau 1961 im Ostteil Berlins legal bestanden hatte. Es entsprach daher dem Selbstverständnis ihrer Gründer, wenn Böhme – an Dietrich Stobbe gewandt – erklärte, dass die SDP „keinen Anspruch auf das eingefrorene Parteivermögen der Ostbüros der SPD in Ost-Berlin“ erhebe.⁵⁸ Dieser Satz löste übrigens Gelächter bei den Anwesenden aus und wurde von Vogel und Stobbe unisono mit den Worten kommentiert: „Das würde euch nicht weit bringen.“ Offenbar stuften sie Böhmes Verzichtsmittelung als unreal ein, werteten sie aber keinesfalls als ein unziemliches Zugeständnis an das SED-Regime. Mit dem heutigen Wissen um Böhmes IM-Tätigkeit lassen eher die Passagen aufhorchen, in denen er gegenüber der SED und ihren Mitgliedern, auch führenden Leuten, auffallend viel Verständnis an den Tag legte. Als er auch beim Parteivermögen der SED Barmherzigkeit walten lassen wollte, wurde es Martin Gutzeit hörbar zuviel.

Bedeutsam ist zum anderen, wie sehr Böhme die Gemeinsamkeit und Verbundenheit der SDP mit den anderen Oppositionsgruppen in der DDR betonte. Ausdrücklich bat er die westdeutschen Sozialdemokraten darum, die SDP nicht zu bevorzugen. In die gleiche Richtung zielte zunächst auch noch Gert Weisskirchen,

⁵⁷ Gutzeit/Hilsberg 1999, S. 683 f.

⁵⁸ Insofern ist das Zitat, das Stobbe später dazu kolportierte, leider unrichtig und irreführend: „Herr Stobbe, aber eines muss klar sein, die acht Parteibüros der SPD in Ost-Berlin kriegen Sie nicht wieder.“ Sturm 2006, S. 163.

der Vogel am 15. November 1989 den Rat gab, allen Teilen der Oppositionsbewegung „mit dem gleichen Gewicht zu begegnen“. Es wäre „verheerend“, wenn die SPD „irgendeine Gruppe prädominant behandeln“ würde.⁵⁹ Folgerichtig empfing der SPD-Vorsitzende acht Tage später Rainer Eppelmann und Wolfgang Schnur vom „Demokratischen Aufbruch“ in Bonn.

In der Praxis aber zeichnete sich bereits eine rasch immer enger werdende Zusammenarbeit der beiden sozialdemokratischen Parteien ab. Vogel selbst legte dafür den Grundstein, als er am 10. November 1989 den Vorschlag machte, dass sich jeweils drei bis vier Leute von Seiten der SPD und der SDP treffen sollten, um gemeinsam über die weitere Entwicklung zu beraten. So kam es am 30. November 1989 zu einem Treffen der SPD-Bundestagsabgeordneten Gert Weisskirchen und Hartmut Soell mit einigen Vorstandsmitgliedern der SDP in der Auguststraße in Ost-Berlin, bei dem u. a. die Vorentscheidung für die Umbenennung der SDP in SPD fiel, die Mitte Januar 1990 vollzogen werden sollte.⁶⁰ Am 13. Dezember 1989 gaben beide Parteien bei einem Treffen im größeren Kreis, das erneut im Christlichen Hospiz in Ost-Berlin stattfand, dann die Bildung eines Gemeinsamen Ausschusses bekannt. Und schließlich erklärte die SPD bei ihrem Bundesparteitag in Berlin nur wenige Tage später die SDP offiziell zu ihrer Schwesterpartei.

Das Ende eines langen Tages

Die erste Spitzenbegegnung von SPD und SDP am 10. November 1989 in der Albrechtstraße endete vermutlich kurz nach 21 Uhr. Hans-Jochen Vogel musste aufbrechen, da er noch zu einem Gespräch mit der Schriftstellerin Christa Wolf in deren Privatwohnung in Berlin-Pankow verabredet war. Willy Brandt fuhr hingegen nach West-Berlin zurück. Allerdings mussten er und seine Begleiter den Grenzübergang Invalidenstraße zu Fuß überqueren, da für Autos angesichts des sehr dichten Gedränges kein Durchkommen mehr war. Die Fotografin Barbara Klemm, die müde und ausgehungert von einem langen Arbeitstag in Brandts Wagen mitfahren durfte, beobachtete die Szenen am Grenzübergang mit ihrer Kamera.⁶¹ Ihre und andere Fotos zeigen einen sehr fröhlichen Willy Brandt inmitten einer großen Menschenmenge, die ihm spontan Beifall spendete.

⁵⁹ Zitiert bei Sturm 2006, S. 164 f.

⁶⁰ Vgl. Gutzeit/Hilsberg 1999, S. 649.

⁶¹ Siehe das Videointerview mit Barbara Klemm auf der Internetseite der FAZ vom 20. Oktober 2014 (siehe Anm. 41).



Willy Brandt, gefolgt von Dietrich Stobbe, am Grenzübergang Invalidenstraße auf dem Weg zurück nach West-Berlin am späten Abend des 10. November 1989.

In dieser Situation gelang es dem Hörfunk-Reporter Gerd Rüdiger, den SPD-Ehrenvorsitzenden nach seinen Eindrücken vom Gespräch in Ost-Berlin zu befragen. Brandt schilderte die politische Atmosphäre des Treffens mit den Freunden von der SDP als „sehr gefasst, sehr ernst, aber doch mit einem guten Schuss Hoffnung“. Er selbst könne nur hoffen, „dass man sich nicht zuviel Zeit lässt bei den jetzt notwendigen Neuerungen, denn dann könnte die Geduld der Menschen auf eine zu harte Probe gestellt werden“. „(D)ie politische Erneuerung durch Wahlen muss in den nächsten Monaten erfolgen. (...) (D)er wirtschaftliche Umformungsprozess wird etwas mehr Zeit erfordern, aber auch damit muss man, so rasch es irgend geht und so zügig, wie es geht, vorankommen.“ Brandt drückte also



Frank Plasberg (l.) interviewt Willy Brandt am Grenzübergang Invalidenstraße. Im Hintergrund mit Brille: Klaus-Henning Rosen, Brandts Büroleiter im Bundestag.

auf's Tempo. Es sei von allen „noch ne Menge zusätzlich zu tun, damit das wieder zusammengefügt wird, was zusammengehört“, unterstrich er.⁶²

Bei seiner Ankunft im Hotel Steigenberger empfing der Altkanzler allerdings eine beunruhigende Nachricht. Demnach hatte die plötzliche Öffnung der Berliner Mauer in Moskau offenbar große Besorgnis ausgelöst. Obwohl Willy Brandt kein Regierungs- oder offizielles Parteiamt in der Bundesrepublik mehr inne hatte, ersuchte Michail Gorbatschow ihn um Mithilfe, „eine chaotische Situation mit unvorstellbaren Folgen“ zu verhindern.⁶³ Diese Bitte richtete der sowjetische Staats- und Parteichef am 10. November 1989 auch an Bundeskanzler Kohl.⁶⁴ Womöglich befürchtete Gorbatschow Übergriffe auf die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen oder auf Vertreter der SED. Der sowjetische Generalkonsul in West-Berlin, Rudolf Alexejew, überbrachte Willy Brandt persönlich die Depesche aus dem Kreml.⁶⁵ In dem Gespräch, das beide am späten Abend im Hotel Steigenberger miteinander führten, fragte der SPD-Ehrenvorsitzende offenbar nach, ob es zu einem gewaltsamen Eingreifen der sowjetischen Truppen in der DDR kommen könne. Der Generalkonsul verneinte das.⁶⁶

In der Sondersitzung von Partei- und Fraktionsvorstand der SPD am nächsten Tag in Bonn konnte Brandt daher mitteilen: „Die Sowjetunion habe klargemacht, daß ihre Panzer nicht eingreifen würden.“ Dabei berichtete er auch von Gorbatschows Botschaft an ihn. Deutlicher als er, Brandt, es erwartet habe, werde darin

⁶² Das Interview wurde am 10. November 1989, ab 23.30 Uhr, im WDR-Hörfunk gesendet. Der Wortlaut ist dokumentiert in: Röther 2001, S. 49 f. Am Grenzübergang Invalidenstraße gab Willy Brandt auch dem damals für den Sender SWF 3 berichtenden Reporter Frank Plasberg ein Interview. Siehe dazu <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.medien-frank-plasberg-ich-wurde-beschattet.1ca69bdc-3006-4793-885b-d6681ee3638f.html>. Eine Tonaufnahme davon ist bisher nicht aufgetaucht. Aber der Fotobeweis ist auf S. 34 abgedruckt.

⁶³ Siehe Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 391 f.

⁶⁴ Siehe Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, S. 504 f.

⁶⁵ So die Auskunft von Klaus-Henning Rosen im Oktober 2014. Vgl. auch „Der macht auch was“, in: Der Spiegel, Nr. 47 vom 20. November 1989, S. 133–135 (S. 133). Der Text von Gorbatschows Mitteilung war zuvor schon um 20.53 Uhr mündlich durch den sowjetischen Botschafter in Bonn, Julij Kwizinsky, an Brandts Mitarbeiter Klaus Lindenberg übermittelt worden. Siehe AdSD, WBA, A 10.1, 13.

⁶⁶ Über das Gespräch berichtet Merseburger. Es ist jedoch unzutreffend, wenn er schreibt, dass Brandt am Nachmittag des 10. November 1989 zum sowjetischen Generalkonsul gefahren sei. Vgl. Peter Merseburger: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, S. 837.

„zum Ausdruck gebracht, daß alle europäischen Grenzen, auch die deutsch-deutsche Grenze, ihren Bestand haben müssen“.⁶⁷

In seinem Antwortschreiben, das er am 11. November abfasste, versuchte Willy Brandt den Kremlchef zum einen zu beruhigen. In beiden Teilen Berlins habe er die „fröhliche, menschlich bewegende Reaktion“ von Hunderttausenden auf die Grenzöffnung miterlebt und er selbst habe „unsere Gefühle und Interessen so vorgetragen, dass keine destruktive[n] Wirkungen daraus erwachsen“. Zum anderen ließ Brandt klar durchblicken, dass der Dialog zwischen Regierung und Opposition in der DDR schnell vorankommen und es bald zu freien Wahlen kommen müsse. Außerdem warb er um Verständnis für das bevorstehende und von ihm ersehnte Zusammenrücken der Deutschen: „Die sowjetische Führung sollte es richtig einzuordnen wissen, dass eine engere – zumal wirtschaftliche – Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten geeignet sein kann, entstandene Schwierigkeiten zu überwinden.“ Abschließend versprach Brandt Gorbatschow: „Sie können sicher sein, dass wir, auch künftig, die Realitäten sehen, die strategischen Interessen aller Beteiligten kennen und wissen, wie wichtig, nein entscheidend es ist, die sicherheitspolitische Stabilität zu erhalten, ohne die das Europäische Haus nicht gebaut werden kann.“⁶⁸

Eine historische Momentaufnahme und ein erster Schritt zur Einheit

Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit Vertretern der SDP am 10. November 1989 in Ost-Berlin fand in einem der spannendsten und zugleich glücklichsten Augenblicke der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert statt. Die Aufzeichnung dieses Gesprächs ist somit eine historische Momentaufnahme in einer Phase dramatischer Veränderungen in Deutschland und Europa. Sie gibt Einblicke in das Denken und Fühlen führender Sozialdemokraten aus der Bundesrepublik und der DDR unmittelbar nach dem Mauerfall. „Es wird nichts wieder so, wie es einmal war“⁶⁹, erklärte Brandt am Mittag jenes Tages. Was in den kommenden Wochen und Monaten aus den beiden deutschen Staaten genau werden würde, wussten er und seine sozialdemokratischen Freunde allerdings noch nicht. Manche der von ihnen angestellten Überlegungen, die sie am 10. November 1989 als realistisch einstufen, wurden sehr bald von den sich schier überschlagenden

⁶⁷ Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 395. Siehe auch Fischer 2009, S. 144.

⁶⁸ Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 392 f.

⁶⁹ Rother 2001, S. 44.

Ereignissen und Entwicklungen überholt. Durch die Friedliche Revolution in der DDR wurde die bestehende Ordnung hinweggefegt und die Vereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit möglich. Daran und an der Gestaltung des Einigungsprozesses hat die deutsche Sozialdemokratie großen Anteil. In der Zeit der Teilung hielt sie an der Idee der Einheit der Nation fest. An diesen Grundsatz knüpften die Sozialdemokraten, die sich am Tag nach der Maueröffnung in der Ost-Berliner Albrechtstraße begegneten, ohne Umschweife an. Vor allem aber war dieses Treffen einer der ersten und wichtigen Schritte auf dem Weg, die Einheit der SPD in ganz Deutschland wiederherzustellen.

Danksagung

Für die Freigabe der Tonaufnahme und für seine Auskunftsbereitschaft bin ich Herrn Dr. Hans-Jochen Vogel zu großem Dank verpflichtet. Ebenso danke ich herzlich Martin Gutzeit, Gert Weisskirchen, Steffen Reiche, Klaus-Henning Rosen, Sepp Binder, Barbara Klemm, Hans Simon, Hans-Wolfgang Zeitz, Thomas Klee, Birgit Schamari und Eduard Heußen für ihre mündlichen bzw. schriftlichen Auskünfte. Ansgar Hocke vom RBB sage ich Dank für eine Kopie des Mitschnitts der Sendung „Mittagsecho“ des SFB vom 10. November 1989. Frau Schamari und dem Hessischen Runfunk danke ich für die Überlassung einer Kopie des Mitschnitts des ersten Interviews von Willy Brandt nach dem Mauerfall. Für die hervorragende Zusammenarbeit und Unterstützung sowie viele wertvolle Hinweise bedanke ich mich herzlich bei Dr. Bernd Rother und ganz besonders bei Sven Haarmann, der gemeinsam mit mir für die Transkription verantwortlich zeichnet.

Berlin, im November 2014

Dr. Wolfgang Schmidt

DOKUMENTATION

Telefoninterview von Birgit Schamari mit Willy Brandt im hr1-Morgenmagazin „Start“ am 10. November 1989

Birgit Schamari:

28 Jahre lang haben Deutsche in Ost und West auf diesen Tag gewartet, auf die Öffnung der deutsch-deutschen Grenzen. Darunter der Mann, der den Mauerbau damals als Regierender Bürgermeister miterlebt hat. Ich begrüße am Telefon Altbundeskanzler Willy Brandt. Herr Brandt, können Sie uns Ihre Gefühle, Ihre erste Reaktion beschreiben, als Sie diese Nachricht gestern Abend hörten?

Willy Brandt:

Ganz unvorbereitet war man ja nicht. Die Dinge waren seit dem Sommer im Gange. Und man wundert sich dann nur immer, oder jedenfalls manchmal, über die Form, in der eine große Veränderung stattfindet. Jedenfalls bin ich ganz froh ...

Birgit Schamari:

Nun hat sich ja vergangene Nacht gezeigt, dass die Menschen sich besuchen, nicht weggehen, zumindest nicht in Scharen. Glauben Sie, dass das so bleibt, wenn nur diese neue Freiheit bleibt?

Willy Brandt:

Das ist in hohem Maße zu wünschen. Ich meine, ich habe ja immer Verständnis gehabt für die, die meinen, dass sie es bei uns neu versuchen sollten. Aber die eigentliche zukünftige Entwicklung wird natürlich bestimmt durch die, die dableiben. Und ich glaube in der Tat, es werden viel mehr dableiben, wenn sie sich nicht eingezwängt fühlen, wenn sie sich bewegen können, nicht nur in Berlin zwischen den beiden Teilen der Stadt, sondern auch entlang der bisherigen innerdeutschen Grenze. Das ist ja wohl der eigentliche historische Vorgang, dass mit dem 9. November '89 eine stille Revolution verbunden ist, die jeweils die bisherige Spaltung Deutschlands hinter sich lassen wird.

Birgit Schamari:

Können Sie sich jetzt noch vorstellen, dass diese Entwicklung in der DDR wieder zurückgedreht werden könnte?

Willy Brandt:

Also das wäre nur durch schrecklichen Machteinsatz möglich. Ich glaube nicht, dass es Leute gibt, die diesen Versuch machen wollen. Ich glaube auch nicht einmal, dass er gelingen würde.

Birgit Schamari:

Nun hat es ja gestern Abend, in der vergangenen Nacht, unbeschreibliche, verständliche Gefühlsausbrüche gegeben, wenn man so will, eine Art vorweggenommene Wiedervereinigung der Menschen. Was bedeutet diese Spontaneität, was sollte Sie Ihrer Meinung nach für die praktische Politik bedeuten? Wie sollten wir Bürger, die Politiker in der Bundesrepublik sich jetzt verhalten?

Willy Brandt:

Also die emotionale Seite der Sache haben Sie eben schon beschrieben. Das tatsächliche Zusammenwachsen der Teile oder auch dann das Angleichen der Lebensbedingungen – übrigens nicht schematisch, wie ich hoffe, braucht ja auch ein bisschen Vielfalt in Deutschland – wie sich das abspielt, das kann man an diesem Morgen noch nicht sagen. Die Probleme sind eben jetzt nicht mehr nur Probleme der wie immer sich noch verändernden Regierung und Behörden in der DDR gegenüber ihren Menschen – da verändert sich was –, sondern die Probleme ergeben sich auch für uns. Wie weit sind wir bereit, zu einem möglichst raschen ökonomischen Ausgleich zwischen den beiden Teilen Deutschlands beizutragen und auf den Gebieten, auf denen es erforderlich ist, die Verhältnisse anzugleichen, was ja nicht eine schematische Gleichmacherei bedeuten muss.

Birgit Schamari:

Das war ein Gespräch mit Willy Brandt, der damals als Regierender Bürgermeister in Berlin den Mauerbau miterlebt hat. Ich bedanke mich ganz herzlich für das Gespräch, Herr Brandt. Auf Wiederhören.

Willy Brandt:

Wiederhören!

Transkription der Aufzeichnung des Treffens des SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden, Hans-Jochen Vogel, und des Präsidenten der Sozialistischen Internationale und SPD-Ehrenvorsitzenden, Willy Brandt, mit Repräsentanten der SDP in der DDR am Abend des 10. November 1989 im Hotel „Christliches Hospiz“ in Ost-Berlin*

– Beginn des ersten Ausschnitts des Fernsehberichts in der Sendung „ZDF spezial“ –

Ibrahim Böhme:

Das Interessante für unsere Sozialdemokratische Partei der DDR, die eine Volkspartei sein möchte ohne soziale, religiöse, weltanschauliche Ausschließlichkeiten, ist, dass Theologen, alternative Marxisten, Liberale, so sie sich zu den Grundsätzen einer Volkspartei bekennen, gemeinsam handeln können.

Hans-Jochen Vogel:

Fast wie bei uns, Willy! (*Lachen*)

Ibrahim Böhme:

Na ... da sind wir, glaub' ich, gezwungenermaßen (...) [*unverständlich*] Situation einen Schritt weiter schon als ihr ...

Hans-Jochen Vogel:

Ah ja.

Ibrahim Böhme:

... theoretisch! (*Lachen*)

– Ende des ersten Ausschnitts des Fernsehberichts in der Sendung „ZDF spezial“ –

– Beginn der Audioaufzeichnung –

* Zeichenerläuterung für den folgenden Text: „(...)“ bedeutet Auslassung; „...“ bedeutet kurze Sprechpause.

Hans-Jochen Vogel:

Wir müssen um Entschuldigung bitten, dass das so lange gedauert hat. Aber die Kundgebung war viel länger, als man das erwartet hat.¹ Und dann hat's auch an der Grenze ein bisschen gedauert, obwohl wir sind, glaube ich, ganz überwältigt davon, was man jetzt an diesem Grenzübergang erlebt hat. Das ist wie eine Völkerwanderung. Die Menschen fröhlich und den Willy haben sie erkannt und ihm zugerufen und „Wir kommen aber wieder!“, haben sie gerufen. (*Lachen*) Es war nicht ganz klar, ob sie das in der Richtung oder in der Richtung gesagt haben. (*Lachen*) Und wir haben gedacht, der Tag, an dem dies alles passiert ist, der wär' einfach nicht vollständig und nicht abzuschließen, wenn wir nicht zu euch kämen. Wir hatten ja brieflich Kontakt. Wir hatten Kontakt über den Steffen Reiche, der bei uns war.² Und jetzt bin ich still, weil Willy eigentlich viel mehr legitimiert ist ...

Ibrahim Böhme:

Ich möchte vorher etwas sagen.

Hans-Jochen Vogel:

Bitte!

Ibrahim Böhme:

Wenn ich das sagen darf: [*Beginn des zweiten Ausschnitts des Fernsehberichts in der Sendung „ZDF spezial“*] Lieber Genosse Brandt! Ich darf sagen, wir sind uns in unserer Partei noch nicht so einig über die Anrede und die Symbole, und ich hoffe, wir werden uns viel Zeit lassen, das zu diskutieren. Ich möchte sagen, lieber Genosse Brandt, dass du's auf dich genommen hast, hier rüberzukommen, herzlichen Dank von allen Sozialdemokraten der DDR und von vielen Freunden in anderen politischen Bewegungsformen.

(*Sichtlich gerührt, findet Böhme keine Worte mehr und bittet Brandt daher mit einer Geste darum, das Wort zu übernehmen. Brandt gibt Böhme einen Klaps auf den Oberarm.*)

¹ Gemeint ist die große Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg, die ab 17 Uhr im Anschluss an eine Sondersitzung des Berliner Abgeordnetenhauses stattgefunden hatte. Vgl. Einleitung.

² Zu Verlauf und Bedeutung des Besuchs von Steffen Reiche in Bonn vgl. Einleitung, Anm. 32.

Willy Brandt:

Also, was die Anrede angeht: Ich finde, Freunde zu sein und sich auch so anzureden, ist nicht weniger als den traditionellen Begriff „Genosse“ zu verwenden. Ich hab' eigentlich in meinen Parteitagsreden in aller Regel die Anrede „Freunde“ [gebraucht] – ich hab' ein bisschen Probleme mit Feministinnen auch ... (*Lachen*)

– Ende des zweiten Ausschnitts des Fernsehberichts in der Sendung „ZDF spezial“ –

Hans-Jochen Vogel:

Ich hatte auch anfangs Schwierigkeiten, mich daran zu gewöhnen. (*Lachen*)

Willy Brandt:

Dass bei mir die Freundinnen mitgemeint sind, wenn ich „Freunde“ sage, unterstellt man ohnehin mancherorts. Scherz beiseite. Für mich ist dies ein bewegender Tag. Was man drüben auf der anderen Seite erlebt hat bei dieser großen Kundgebung – nein, heute Mittag am Brandenburger Tor: keine Aggressivität, viele ungeduldige junge Menschen, aber keine störenden Formen des Sich-Äußerns. Ich war mit Momper dort³, dann hatten wir nachmittags die Kundgebung. Da waren ein paar hunderttausend Leute, glaube ich. Und, wie Jochen Vogel sagt, dies war allein ein Erlebnis, jetzt, wie die zu Tausenden zurückströmen, auch der Autorität sagen, der Polizei: „Kieckt mal, wir kommen wieder!“ (*Lachen*) Und ich finde, das ist schön. Ich will mal ein Wort sagen über die SDP und unsere internationale Gemeinschaft.⁴ Ich war heute (...) [*unverständlich*] – was ist heute? Freitag? –

Mehrere Stimmen:

Freitag. 10. November.

³ Zum gemeinsamen Auftritt von Willy Brandt und Walter Momper am Brandenburger Tor vgl. Einleitung.

⁴ Bei der Gründungsversammlung in Schwante hatte die SDP am 7. Oktober 1989 beschlossen, die Aufnahme in die Sozialistische Internationale zu beantragen. Ein entsprechendes Schreiben, das Ibrahim Böhme unterzeichnete, wurde noch am selben Tag an die SI, „z.H. Willy Brandt“ gerichtet. Dessen Mitarbeiter Klaus Lindenberg bestätigte Böhme mit Schreiben vom 19. Oktober 1989 den Eingang des Antrags. Siehe AdsD, WBA, A 13, 140 C.

Willy Brandt:

... vor einer Woche in Mailand. Da waren die europäischen Parteiführer zusammen.⁵ Auch die Regierungschefs waren da, wie der Spanier [Felipe Gonzalez] und der Österreicher [Franz Vranitzky]. – Jochen war natürlich da. – Und die haben mit großer Anteilnahme das aufgenommen, was wir ihnen, vor allen Dingen, was Jochen Vogel ihnen über die Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR gesagt haben. Und von mir aus ist ein Brief unterwegs⁶, in dem drin steht – der wird morgen da sein oder übermorgen –, dass die, der von euch Genannte, die von euch Genannte oder Genannten herzlich eingeladen sind, an unserer Ratstagung in Genf Ende des Monats teilzunehmen⁷, wo dann die dort Teilnehmenden direkt hören können von euch, wie weit ihr seid, was ihr vorhabt, und wir dann auch vereinbaren, welche Form regelmäßiger Mitwirkung möglich ist. Die Frage der rein formalen Mitgliedschaft stellt sich bei uns eh immer erst auf einem neuen Kongress, aber dazwischen werden geeignete Formen der regelmäßigen Mitwirkung zu besprechen sein, und ihr müsst uns nur wissen lassen, wer kommt. Vorher kommt aber bewusst ein nichtdeutscher Sozialdemokrat, der Internationale Sekretär der schwedischen Sozialdemokraten.⁸ Ich glaube, er kommt am Sonntag, nicht?

Ibrahim Böhme:

Am Sonntag.

Willy Brandt:

Wir haben ihn gebeten, damit auch bloß einer aus einem anderen Land, in diesem Fall einem neutralen Land mit einer wichtigen sozialdemokratischen Regierung, dann dort seine Eindrücke vermitteln kann. Also, ich möcht' die Zeit nicht

⁵ Gemeint ist die Parteiführer-Konferenz der Sozialistischen Internationale in Mailand am 2./3. November 1989.

⁶ Siehe den an „Ibraim [sic] Böhme“ adressierten Brief Willy Brandts vom 9. November 1989 in: AdsD, WBA, A 13, 140 C.

⁷ Die Ratstagung der SI fand am 23./24. November 1989 in Genf statt. An ihr nahm eine größere Delegation der SDP teil, die vorzustellen Stephan Hilsberg die Gelegenheit bekam. Anschließend erhielt die Partei den Beobachterstatus in der SI. Vgl. Gutzeit 2011, S. 159.

⁸ Es war der Internationale Sekretär der schwedischen Arbeiterpartei, Gunnar Stenarv, der am 12. November 1989 in Ost-Berlin mit Hilsberg und Gutzeit zusammentraf und der SDP die solidarische Unterstützung der SI zusagte. Vgl. ebd.

mit 'ner längeren Vorrede in Anspruch nehmen, sondern nur sagen: Der Tag ist wichtig. Die Tatsache, dass ihr mit etwas Neuem hier beginnt und hoffentlich sehr viel Zuspruch finden werdet, ist bewegend, und wenn wir ein bisschen helfen können, wollen wir es gern tun. Aber alles Wesentliche muss halt vor Ort gemacht werden, das erzähle ich hier, glaube ich, allen, die das ohnehin wissen. Schönen Dank jedenfalls, dass wir vorbeikommen konnten und vielleicht jetzt auf das eine oder andere noch eingehen können, was im Gespräch vorgebracht wird.

Ibrahim Böhme:

Wir können, bevor, falls sich ein Gespräch ergibt, noch Folgendes erklären: Wir haben auf unserer konspirativ noch abgehaltenen Gründungsversammlung in einem kleinen Ort im Kreis Oranienburg, in Schwante, bereits [*Beginn des vierten Ausschnitts des Fernsehberichts in der Sendung „ZDF spezial“*] – voreilig zwei Vertreter – aber demokratisch! – zwei Vertreter als unsere Emissäre für die Sozialistische Internationale gewählt. Das ist eine Frau im Alter von 35 Jahren⁹ [*Ende des vierten Ausschnitts des Fernsehberichts in der Sendung „ZDF spezial“*] und ein junger Pharmakologe im Alter von 23 Jahren.¹⁰ Ich glaube, dass damit auch eine Anlaufzeit möglich ist, sich für einen längeren Zeitraum in die Sozialistische Internationale einzubringen. Die sind von uns bereits gewählt worden und sind in einem Brief an den Genossen Brandt auch genannt worden.¹¹

Willy Brandt:

Ah ja.

Hans-Jochen Vogel:

Ihr habt, glaube ich, auch schon eine Entscheidung getroffen, wer zu unserem Programmparteitag kommt.

Ibrahim Böhme:

Nach Bremen.

⁹ Ursula Kaden, Architektin aus Stralsund.

¹⁰ Stefan Finger, Pharmazie-Student aus Berlin, war bereits 26 Jahre alt.

¹¹ In dem Brief der SDP an Brandt vom 7. Oktober 1989 (siehe Anm. 4) wurden die beiden Namen nicht genannt.

Hans-Jochen Vogel:

Ja, Bremen.¹² Wir wollen ja am Vorabend uns ganz dem Deutschland-Thema widmen. Wir haben nach Fühlungnahme mit euch – ich glaube, der Gert Weisskirchen hat das mit euch besprochen –, auch noch andere eingeladen¹³, und wir sind gespannt, ob ihr als Partei von dieser Möglichkeit auch Gebrauch macht, nicht? Es ist ja mit euch darüber geredet worden. Es ist ja so: Dinge, die man vor drei Wochen für völlig ausgeschlossen hält, sind inzwischen nach drei Wochen jedenfalls denkbar und nach weiteren drei Wochen ... Aber jetzt würde ich fast ...

Willy Brandt (dem vermutlich eine Zigarette angeboten wird):

Nicht solange die da sind zum Fotografieren. (*Lachen*)

ZDF-Fernsehteam:

Wir haben abgeschaltet. Wir haben abgeschaltet. (*Lachen*)

Hans-Jochen Vogel:

Aber jetzt würd' ich fast vorschlagen ...

Willy Brandt:

Ich bin offiziell (...) [*unverständlich*] Mein Arzt und meine Frau (...) [*unverständlich*] (*Lachen*)

Hans-Jochen Vogel:

Danke, Du, ich bin seit 62 Jahren Nichtraucher. (*Lachen*) Ich wollte euch eigentlich bitten und einladen, dass ihr uns jetzt was sagt, was ihr uns bei der Gelegenheit sagen wollt, und dass wir ein bisschen zuhören.

¹² Der Parteitag zur Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms sollte in Bremen abgehalten werden, wurde aber aufgrund der deutschlandpolitischen Entwicklungen wenige Tage später nach Berlin verlegt, wo er vom 18. bis 20. Dezember 1989 stattfand.

¹³ Wann und von wem genau die Einladungen zum Parteitag ausgesprochen wurden, ist unklar. Gert Weisskirchen war z. B. am 25. Oktober 1989 mit Vertretern der Opposition in der DDR zusammengetroffen, darunter u. a. Ibrahim Böhme und Wolfgang Schnur. Vgl. Gutzeit 2011, S. 157, Anm. 3. Daneben gab es Ende Oktober aber auch eine Reihe weiterer Begegnungen von SPD-Politikern (u. a. Norbert Gansel, Erhart Körting, Horst Ehmke, Walter Momper und Egon Bahr) sowohl mit Mitgliedern der SDP als auch mit Repräsentanten anderer Oppositionsgruppen.

Martin Gutzeit:

Wir haben natürlich ...

Gert Weisskirchen:

Das ist der Martin Gutzeit.

Martin Gutzeit:

Ja, ich denke, die Situation erfordert es, dass wir das gründlich bedenken, was das jetzt für uns und für euch heißt. Die Herausforderungen sind erheblich. Und wie man unter dieser Situation die Probleme, die jetzt auftauchen, wirklich bewältigt. Dass weder dieser Staat zusammenbricht, noch West-Berlin, die Bundesrepublik in Kalamitäten gerät, und damit die europäische Situation sehr kompliziert wird. Das sind natürlich jetzt auch interne Sachen – ich weiß nicht, wie wir das jetzt hier diskutieren. Ich halt' das für wichtig und auch gerade das Gespräch mit euch zu diesem Thema. Wir müssen sehen, wie wir das jetzt angehen. Ich weiß nicht, wie lange wir Zeit dafür haben, gewisse Meinungen dazu auszutauschen.

Hans-Jochen Vogel:

Also, ich weiß nicht, wie lange Willy Zeit hat, aber ich hab' jedenfalls eine gute Stunde bis neun Uhr, aber auch noch etwas mehr Zeit. Ich hab' zu dem Thema, zu dem Thema, das Du da angesprochen hast, habe ich mich heute in Bonn auf der Bundespressekonferenz geäußert¹⁴, und ich will das gar nicht alles wiederholen, ich lass' es euch mal da. Ich glaube, es liegt im beiderseitigen Interesse, dass dieser Übersiedlerstrom nicht weiter anwächst. Es geht mir gar nicht so sehr um uns. Wir haben auch Probleme, das ist keine Frage. Mir geht's eher um eine Frage an euch, ob nicht dieses Abströmen von Menschen für eure Versorgungssysteme, für eure Wirtschaft und überhaupt für den Zustand eures Gemeinwens schlimme Folgen hat. Ich hab' mir mal ausgerechnet, von euch sind weggegangen: Zweihundertund-, ja, -fünzigtausend sind es nach heutigem Stand. Es werden ja im Augenblick jeden Tag etwa elf- bis zwölftausend mehr. Ich hab' mir ausgerechnet, wenn man das auf die Bundesrepublik überträgt, dann wär' das so, als wenn in der Bundesrepublik innerhalb von wenigen Monaten 900.000 aktive

¹⁴ Siehe Fischer 2009, S. 137–141 (siehe Einleitung, Anm. 21).

Leute weggehen. Und es gehen ja, soweit wir das feststellen können, eher die Aktiven, nicht, die gehen da weg, die Jüngeren. Ich kann mir vorstellen ...

Ibrahim Böhme:

Siebenundzwanzig Jahre Durchschnittsalter. Facharbeiter.

Hans-Jochen Vogel:

Ich kann mir vorstellen, was das hier in den Betrieben bedeutet, wenn man morgens kommt und dann ist der da weg und der ist weg und der ist weg. Dies muss ...

Willy Brandt:

Und wie das in die Familien hineinwirkt.

Hans-Jochen Vogel:

Nun will ich euch sagen, nun will ich euch sagen, keiner bei uns denkt ernsthaft daran, dass man die Rechtslage ändert, nicht. Ihr habt, wenn ihr die Staatsangehörigkeit in Anspruch nehmt, das Recht nach dem Grundrecht – nach dem Grundgesetz. Und ich meine, wir bitten, dass jeder überlegt, ob er jetzt nicht dringender hier gebraucht wird, aber wenn einer die Entscheidung trifft, dann respektieren wir das. Ich wüsst' ja nicht, wenn ich an eurer Stelle hier säße, wie ich mich entscheiden würde. Darum kann man niemandem einen Vorwurf machen. Aber wir meinen, der Strom sollte runter. Deswegen, weiß nicht, ob ihr das auch sehen konntet, habe ich ja den Aufruf von der Christa Wolf und anderen¹⁵ – ihr habt den ja mit unterschrieben – hab' ich unterstützt, aber nicht in Form, dass man sagt: Bleibt weg und ... Sondern, bitte, jeder Einzelne muss das

¹⁵ Gemeint ist der Appell an die ausreisewilligen Bürgerinnen und Bürger in der DDR, ihre Heimat nicht zu verlassen, sondern dabei mitzuhelfen, „eine wahrhaft demokratische Gesellschaft zu gestalten, die auch die Vision eines demokratischen Sozialismus bewahrt“. Die Erklärung war von Christa Wolf am 8. November 1989 in der „Aktuellen Kamera“ des DDR-Fernsehens verlesen worden und wurde tags darauf im SED-Parteiorgan „Neues Deutschland“ auf Seite 1 abgedruckt. Neben der Schriftstellerin hatten Volker Braun, Ruth Berghaus, Christoph Hein, Stefan Heym, Kurt Masur und Ulrich Plenzdorf sowie Bärbel Bohley (Neues Forum), Ehrhart Neubert (Demokratischer Aufbruch), Uta Forstbauer (SDP), Hans-Jürgen Fischbeck (Demokratie Jetzt) und Gerd Poppe (Initiative Frieden und Menschenrechte) den Aufruf unterzeichnet. Siehe <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/day/8/month/November/year/1989>



V. l. n. r.: Hans-Jochen Vogel, Willy Brandt, Ibrahim Böhme und Martin Gutzeit.

überlegen. Aber wie seht ihr das? Also in erster Linie, damit dieses Gemeinwesen nicht kaputt geht.

Willy Brandt:

Bevor ihr antwortet, darf ich euch von einem starken Erlebnis berichten. Das hatte ich Mitte vorigen Monats in Moskau. Ich war an der Lomonossow-Universität.¹⁶ Ein russischer Freund sagte: „Jetzt gehen Sie in die Zitadelle des Dogmatismus!“ Das gilt für einen Teil der Professorenschaft immer noch. Da waren einige hundert Studenten im Auditorium, einige hundert Studenten aus der DDR. Und ich hab’ mir gedacht, die werden wahrscheinlich ein bisschen gesiebt worden sein, bevor sie dorthin konnten. Aber es war eine solche Aufgeschlossenheit dort, Offenheit, und sie haben Fragen gestellt, und ich hab’ geantwortet. Explosiv wurde der Beifall, als ich sagte: „Neugestaltung können nur die machen, die da sind, und

¹⁶ Brandt hatte sich vom 14. bis 17. Oktober 1989 in Moskau aufgehalten. In der Lomonossow-Universität war ihm am 16. Oktober 1989 die Ehrendoktorwürde verliehen worden. Siehe AdsD, WBA, A 19, 86.

nicht die, die weggehen.“ Das heißt auch, ebenso wie Jochen Vogel sagte, man muss respektieren, wenn sie weggehen, aber die Aufgabe ist zu Hause zu lösen. Da ist unser Problem ein bisschen: Sollen wir dies noch etwas deutlicher sagen oder sollen wir es eher verhalten sagen? Ich glaube, wir können ruhig etwas deutlicher werden. Ich habe auch vorhin auf der Kundgebung dieses versucht zu artikulieren.¹⁷ Das Zweite, was ich in dem Zusammenhang euch erzählen wollte, war mein Gespräch mit dem ersten Mann in der Sowjetunion.¹⁸ Wir haben alleine gesprochen, ein Stück. Ich hab’ ihm gesagt, es wäre illoyal, wenn ich ihm nicht sagte, dass in der DDR eine sozialdemokratische Partei im Entstehen begriffen ist. Ich hab’ das nicht erfunden, ich kann das nicht beeinflussen, hab’ auch nicht die Absicht, es zu tun. Da hat er mich angeguckt und gelächelt und gesagt: „Ist es nicht ein bisschen früh?“¹⁹ (*Lachen*) Und diese Meinung darf er ja haben. Diese Meinung darf er ja haben. Aber es war nichts darüber hinausgehend Unfreundliches oder gar Feindseliges darin. Also, es ist nicht sinnvoll, davon groß Gebrauch zu machen. Aber für so ’nen Kreis, wie er hier heute Abend versammelt ist, ist es, glaube ich, ganz gut, auch dies zu wissen.

Ibrahim Böhme:

Ich glaube, dass, wer jetzt unser Land verlässt, die Teilhabe verliert an der Chance eines wirklichen möglichen dritten Weges. Ihr mögt mich für einen Utopisten halten, ich hab’ Ideologie immer nur als eine Möglichkeit der Utopiezugänglichkeit für Menschen angesehen. Ich glaube – das meinte ich vorhin mit dem, wo wir, etwas arrogant von mir gesagt, theoretisch einen Schritt weiter sind, gezwungen durch die Verhältnisse, die in unserem Land immer noch in Relikten obwalten oder sehr deutlich obwalten. Ich glaube, dass dieses Land, dieses kleine Land

¹⁷ Brandts Rede bei der Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg am 10. November 1989 ist abgedruckt in: Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 385–390. Anknüpfend an eine vorhergehende Bitte Walter Momperns an die Ausreisewilligen, in der DDR zu bleiben, erklärte Brandt in seiner Rede: „Und ich meine auch, (...) dass es eine lohnende Aufgabe sein kann, am Werk der Erneuerung an Ort und Stelle mitzuwirken und sie, wenn es irgend geht, nicht denen zu überlassen, die übrigbleiben.“ (S. 390)

¹⁸ Das Gespräch mit Gorbatschow fand am 17. Oktober 1989 im Kreml statt. Es ist dokumentiert in: Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 369–379.

¹⁹ Laut Protokoll von Brandts Mitarbeiter Klaus Lindenberg sagte Gorbatschow: „Wir und Sie müssen ganz behutsam und zurückhaltend sein, um den Prozeß nicht zu stören.“ Die nächste Zukunft werde zeigen, was kommen wird. Es werden ernstzunehmende Prozesse sein.“ Siehe ebd., 376 f. und S. 631, Anm. 35.

mit seinen vielleicht noch 15,5 Millionen Einwohnern, die Chance hat, bei dem was sich an demokratischen Bewegungsformen entwickelt, die Möglichkeit hat, einen wirklich echten Parlamentarismus zu trainieren. Und ich persönlich bitte die sozialdemokratischen Genossen oder Freunde, oder Damen und Herren, wie sie sich nennen mögen, bitte sie, uns als Sozialdemokraten nicht zu favorisieren, sondern uns zuerst einmal als einen Bestandteil – egal, wie deutlich wir in Grundwerten übereinstimmen bereits – im Rahmen nicht deutsch-deutscher besonderer Beziehungen, sondern im Rahmen der Statuten der Sozialistischen Internationale – egal, wie wir übereinstimmen bereits – uns als einen Bestandteil einer breiten aufbrechenden demokratischen Bewegung zu sehen und die Freunde von der Bewegung „Demokratie jetzt“ oder vom „Neuen Forum“²⁰ bei all den Konfusionen, die hier und dort bereits existieren mögen, so ans Herz zu legen wie uns. Das ist das, worum ich persönlich bitten möchte.

Hans-Jochen Vogel:

Das wäre ja durch die beabsichtigten Einladungen für die Vorabendveranstaltung ...

Willy Brandt:

In Bremen, ja.

Hans-Jochen Vogel:

... in Bremen ...

Ibrahim Böhme:

17.12., ja? 17.12., ja?

Hans-Jochen Vogel:

Nee. Nee, nee ...

Willy Brandt:

Achtzehnten.

²⁰ Die Bürgerbewegungen „Neues Forum“ und „Demokratie jetzt“ waren am 9./10. bzw. 12. September 1989 gegründet worden.

Ibrahim Böhme:

Am Achtzehnten?

Mehrere Stimmen:

Am Neunzehnten beginnt der Parteitag.

Achtzehnten.

Ibrahim Böhme:

Wir kennen uns in eurem Terminkalender noch nicht so genau aus.

Hans-Jochen Vogel:

Wir wissen's manchmal selber nicht.

Hans Simon:

Willy Brandt hatte vorher eine Frage gestellt, die haben wir noch nicht beantwortet.

Ibrahim Böhme (spricht zu Brandt und Vogel):

Das ist der Pastor Hans Simon von der Zionskirchgemeinde ...

Hans Simon:

Und zwar war gefragt, wenn ich das richtig verstanden habe, ob die SPD intensiver sich artikulieren sollte, dass Leute hierbleiben, oder ob sie sich zurückhaltend verhalten sollte. Ich denke, dass, wenn man beides sagt, wie es Hans-Jochen Vogel gestern gesagt hat, wie ich es im Fernsehen mitgekriegt habe: Auf der einen Seite steht unser Grundgesetz: „Wir weisen keinen zurück, jeder ist willkommen, wird dort aufgenommen.“ Auf der anderen Seite sind wir nicht daran interessiert, also dass so 'ne Massen kommen usw., sondern das destabilisiert das Gemeinwohl und die Gesellschaft, wie Sie formuliert haben ...

Hans-Jochen Vogel:

Gemeinwesen.

Hans Simon:

... Gemeinwesen ... in der DDR. Ich denke, also, es wäre mein Wunsch, dass die SPD stärker betont, dass die Menschen hierbleiben. So, das ist ganz ganz wichtig,

das stärker zu betonen. Viele hören aus der gegenwärtigen Formulierung ein Stückchen Neutralität heraus. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass ... – Ich denke, dass es diese, eine stärkere Betonung, intensivere Hinweise darauf, dass Menschen, dass die Menschen hierbleiben, also, das würde ich mir wünschen und das ist ganz ganz wichtig. Denn ich habe das heute Vormittag in Gesprächen in der Gethsemane-Kirche mit Mitarbeitern erlebt. Ich denke, dass wir vielleicht die Situation, die soziale Situation in den Krankenhäusern Berlins, dass wir die überhaupt noch nicht wahrgenommen haben, dass gebeten und gebettelt wird, dass sich Menschen zur Verfügung stellen, um die Arbeit auf Station abzudecken. Ich denke, das ist unsere Hoffnung. Auch in der gegenwärtigen, ich sage es mal vorsichtig, Euphoriestimmung, ist diese wirkliche Lage, diese miese Lage noch gar nicht genau bewusst und deswegen wünsche ich mir, doch intensiver darauf hinzuweisen, dass die Menschen hierbleiben. Das müsste stärker kommen.

Peter Hilsberg:

Es gibt auch noch einen zweiten Grund. Es belastet natürlich die Wirtschaft, es belastet die Arbeit. Nicht? Die weggehen, die fehlen eben tatsächlich. Man kann dieses Haus hier fragen, was es so gerade erlebt hat.

Ibrahim Böhme (spricht zu Brandt und Vogel):

Das ist der Vater unseres Ersten Sprechers, Stephan Hilsberg, der heute nicht hier sein kann.

Peter Hilsberg:

Aber: Es belastet die Menschen. Es geht denen an die Seele, den Weggehenden. Und das beobachte ich nun als Pastor überall und immer wieder.²¹ Das macht denen so zu schaffen. Das ist so etwas vergleichbar mit dem Erlebnis von Sterben von Menschen. Bloß, es ist gleichzeitig schlimmer. Nicht? Sterbende sterben nicht freiwillig. Und die, die weggehen, die gehen eben freiwillig weg und das hinterlässt Wunden.

Willy Brandt:

Meine Frau war neulich in Milwaukee. Das ist ja 'ne sozialdemokratische Stadt, (...) [unverständlich], eine deutsch-sozialdemokratische, noch mit einem deutschen

²¹ Peter Hilsberg war Pfarrer der Golgatha-Gemeinde in Ost-Berlin.

Sozialdemokraten als Bürgermeister nach dem Zweiten, kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, was die meisten nicht wissen. Aber gut. Es war eine Historikertagung. Verspätet kommt ein Historiker aus der DDR, ein Büchner-Spezialist oder der Büchner-Spezialist bei euch, und fängt an zu erzählen über die Familie. Dort ist der Junge weg, dort ist die Tochter weg. Und er schildert das ein bisschen, da fragt meine Frau: „Und wie alt ist ihre Tochter?“ Und dann kamen ihm die Tränen, und da sagt er: „Die ist 18.“ Das heißt, zusätzlich zu dem, dass so viele weggehen, kommt dann die Frage: „Was passiert in der unmittelbaren Umgebung?“ Nicht? „Was passiert uns?“ Und was wir natürlich schwer beeinflussen können ist, dass unsere Medien, vor allen Dingen unser Fernsehen immer noch die Meldungen über die, die weggehen, so wie halbe Erfolgsmeldungen bringen.

Mehrere Stimmen (zustimmend):

Ja.

Willy Brandt:

Nicht? Das ist schrecklich. Aber nach unserem System können ... (Unruhe beim ZDF-Fernsehteam)

Hans-Jochen Vogel [zum Fernsehteam gewandt]:

Ja. Ja ...

Willy Brandt [zum Fernsehteam gewandt]:

Bitte?

Hans-Jochen Vogel [zum Fernsehteam gewandt]:

Ja. Ja ...

ZDF-Reporter Werner Brüssau:

Ich bin nicht schuldig an diesem (...) [unverständlich] ... ARD (...) [unverständlich]

Hans-Jochen Vogel:

Ich weiß (...) [unverständlich]

Willy Brandt:

Ja.

Hans-Jochen Vogel:

Ja, ja ...

Dietrich Stobbe:

Es könnte sich aber auch „heute“ (...) [unverständlich]

Willy Brandt:

Also können wir nur versuchen, über die, die wir ein bisschen besser kennen als andere, zu überzeugen. Aber in diesem Fall: Zu den Nachteilen, so zu den Vorteilen unseres Systems gehört, dass wir die nicht gängeln, die die Nachrichten machen. Aber es ist schon, glaube ich, bisschen schief gelaufen, so zu tun, als sei es ein Erfolg, melden zu können, dass wieder so viele gekommen sind. Bis vor kurzem über Ungarn, jetzt über Tschechoslowakei.

Hans-Jochen Vogel:

Lasst mich zu diesem Punkt zwei Sachen sagen. Erstens: Wir differenzieren schon sehr stark. Wir sagen, wir kritisieren die nicht, die sich nach Abwägung entscheiden, dass sie kommen. Sie haben ein Recht darauf. Dann sage ich jedes Mal dazu: Wir haben großen Respekt vor denen, die zu Hause bleiben und sich für Veränderungen einsetzen, die diese Volksbewegung voranbringen. Das Dritte, sage ich immer: Wir haben auch großen Respekt vor denen, die einfach deswegen bleiben, weil sonst Kranke oder Menschen, die von ihnen abhängig sind, in Not und in schwere Bedrängnis geraten. Nur ich bitt' Dich zu verstehen, wenn wir einen Schritt weitergehen und sagen, „Ja, bleibt usw. und sofort.“ „Hier bleibt!“, dann geraten wir in die Position derer, die meinen, dass unser Reichtum und unser Wohlleben oder was weiß ich in der Bundesrepublik in Gefahr sind und dass wir deswegen sagen: „Nicht so viele.“ Und macht euch da keine Illusionen. Es gibt durchaus auch Stimmen, nicht so sehr bei uns, aber außerhalb, die sagen nicht: „Die sollen da bleiben, um ihr Land zu verändern“, sondern die sagen: „Was wollen die eigentlich bei uns?“ Und mit denen wollen wir überhaupt nichts gemein haben. Drum wird das immer eine differenzierte Aussage bei uns bleiben, deutlicher Akzent bleiben. Und ich glaub', ich hab' das mit am deutlichsten überhaupt gesagt. Und da muss ich euch was Zweites sagen, hab' das schon bei anderer Gelegenheit mal kurz geschildert. Es gibt am rechten Rand unseres Spektrums, nicht, gibt es Wiedervereinigungsfanatiker, die sagen: „Lasst das mal ruhig so laufen und wenn die Konkursreife da ist, dann kommt es von selber.“ Tschuldigung:



V. l. n. r.: Willy Brandt, Ibrahim Böhme, Martin Gutzeit und Peter Hilsberg.

Mit denen wollen wir, wollen wir nicht in einen Topf. Versteht ihr? Und deswegen ist also ein nacktes Sagen, „Gottes Willen, nicht noch mehr. Bleibt!“, nicht, das ist fast nicht möglich.

Martin Gutzeit:

Das eine ist, was man sagt. Gut, darüber kann man jetzt im Einzelnen streiten, was möglich ist. Das andere ist die Frage, weshalb gehen sie und welche, was kann man tun, um das Vertrauen der Bürger, hier zu bleiben, zu stärken.

Hans-Jochen Vogel:

Das müsst ihr uns jetzt mal sagen.

Martin Gutzeit:

Das sind ja Sachen, die könnt ihr nicht machen, die müssen wir hier versuchen durchzusetzen. Das ist die Frage der politischen Institutionen, eben erst mal die

Frage zu klären, also, es ist zu klären, dass Menschen hier aufrecht und in Würde leben und arbeiten können und nicht Angst haben müssen. Das ist eine ganz wichtige Sache, die müssen wir hier durchsetzen. Da könnt ihr uns also gar nicht allzu viel helfen. Das Zweite ist natürlich die Frage der wirtschaftlichen Verhältnisse. Das wird jetzt schwierig werden, zunehmend schwieriger werden. Und da muss man sich was überlegen, um die Sache zu stabilisieren. Das ist allein schon bei der Reiseregulierung, wird sich das zeigen, aber auch der Frage: Wie kann die Wirtschaft so, wie sie jetzt ist, wirklich in Schwung gebracht werden, ohne eben sozialdemokratischen Prinzipien zu widersprechen. Das heißt also die sozialen Standards für alle Schichten, gerade auch für diejenigen, die nicht allzu viel haben, zu behalten. Das ist ganz wichtig für uns. Bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen, die hier zur Effektivierung unserer Wirtschaft beigebracht werden müssen. Und dann werden wir wohl auch im Gespräch sein müssen, wie man da was machen kann. Ich denke, da ist ein wichtiger (...) [*unverständlich*]. Die internen Sachen über die Demokratisierung, die müssen wir für uns klären und in der Zusammenarbeit mit allen demokratischen Gruppen, die jetzt hier aufbrechen.

Willy Brandt:

Wollen wir nicht erst mal miteinander anstoßen?

Ibrahim Böhme:

Ja. (*Lachen*)

Willy Brandt:

Ich würde sagen, auf eine, auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie im weiteren Sinne in eurem Teil Deutschlands und für die Sozialdemokratie im Besonderen.

Ibrahim Böhme:

Ich muss aber noch was hinzufügen: Ich bin beauftragt von unserem Ersten Sprecher, Stephan Hilsberg, der nicht da sein kann – der ist so was wie euer Vorsitzender

Gert Weisskirchen:

Dafür ist ja sein Vater da.

Ibrahim Böhme:

... bei uns. Sein Vater sitzt hier. Stephan Hilsberg, der heute auf einer Kundgebung auf dem Akademieplatz spricht –, euch ganz herzlich zu begrüßen. Und er hat mich gebeten, euch zu sagen, ihr seid herzlich willkommen. Wir bedanken uns, dass ihr hier seid, und in seinem Namen jetzt zu trinken.

Willy Brandt:

Zum Wohl!

Mehrere Stimmen:

Zum Wohl! (*Anstoßen von Gläsern*)

Hans-Jochen Vogel (vermutlich an Peter Hilsberg gewandt):

Zum Wohl! Für Vater und Sohn.

Unverständliche Unterhaltungen (Lachen).

Mehrere Stimmen:

Zum Wohl!

Hans-Jochen Vogel:

(...) [*unverständlich*] aus der Entfernung.

(*Lachen und Anstoßen von Gläsern*)

Männliche Stimme:

Steffen.

Männliche Stimme:

Gert.

Hans-Jochen Vogel:

Ich mache einen konkreten Vorschlag: Warum suchen wir nicht eine Möglichkeit, dass drei oder vier, die ihr benennt, und drei oder vier, die wir benennen, sich zusammensetzen, um diese Fragen wirklich ein bisschen durchzubuchstabieren. Ich würd' den Gert Weisskirchen bitten, dass er mit euch in Verbindung bleibt und dass man nach einem Weg sucht, wo man sich trifft und wo man das

durchbuchstabiert.²² Ich kann jetzt nur Stichworte sagen: Ich unterscheide zwischen den mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen. Da will ich nachher auch ein paar Worte sagen. Und den kurzfristigen. Bei den kurzfristigen scheint mir an erster Stelle zu stehen, dass wir für die Reisevaluta eine vernünftige Lösung finden. Wir sagen bisher, das Geld, das aus dem sogenannten Zwangsumtausch kommt, das Geld, das wir als Begrüßungsgeld verfügbar machen, soll in einen Topf und dann soll das zu einem vernünftigen Kurs normal als Wechselgeld zur Verfügung stehen.²³ Das kann man dann noch ein bisschen aufstocken. Der Zustand, dass ihr da mit 15 Mark reist oder dass ihr bei unseren Sozialämtern anstehen müsst usw. ist keine Normalisierung, ist nicht in Ordnung. Es wird nicht sehr viel sein am Anfang. Es ist nicht unbegrenzt, aber es wird eingewechselt bei Banken, so wie das üblich ist. Der erste Punkt. Der zweite Punkt ist 'ne Frage an euch: Wir hören, dass da und dort wirklich Versorgungsbereiche vor'm Zusammenbruch stehen. Wir haben arbeitslose Ärzte. Ich könnt' mir denken, dass das Rote Kreuz, wenn hier bei euch diejenigen, die da mitzureden haben, keine Schwierigkeiten machen, dass die beiden Rot-Kreuz-Organisationen – oder wer auch immer – in Kontakt treten. Es gibt bei uns etwa zehn bis zwölf Tausend arbeitslose Ärzte. Ich bin ziemlich sicher, dass einige Hundert verhältnismäßig rasch kommen. Dann gibt's Städtepartnerschaften. Aber wir wollen uns da nicht aufdrängen. Wisst ihr, lasst mich das mal ganz deutlich sagen: Mir ist nichts zuwiderer als die Haltung dessen, der da so als der gönnerhafte Onkel daherkommt oder so was. Wir sind ja auch in Opposition, nicht, also. (*Lachen*) Aber deswegen könnt' ich mir denken, wenn es Versorgungsprobleme gibt, wir haben Städtepartnerschaften. Wir haben viele Städte mit sozialdemokratischen Oberbürgermeistern. Wenn die

²² Am 30. November 1989 trafen sich die SPD-Bundestagsabgeordneten Gert Weisskirchen und Hartmut Soell mit einigen Vorstandsmitgliedern der SDP in der Auguststraße in Ost-Berlin. Vgl. Gutzeit/Hilsberg 1999, S. 649. Darüber hinaus reisten nach dem 9. November 1989 eine ganze Reihe von SPD-Politikern zu Informationsgesprächen nach „drüben“ und vertieften die Kontakte zur SDP. Vgl. Gohle 2014, S. 126 f., und Sturm 2006, S. 163–167.

²³ Bundesbürger mussten bei einem Besuch in der DDR bzw. Ost-Berlin 25 DM pro Person und Tag (Rentner nur 15 DM) 1:1 in Mark der DDR umtauschen. DDR-Bürger durften bei einer Westreise nur 15 Mark der DDR 1:1 in D-Mark wechseln, erhielten in der Bundesrepublik aber 100 DM Begrüßungsgeld. Nach Vogels Vorschlag sollten die Einnahmen der DDR aus dem „Zwangsumtausch“ und die Ausgaben der Bundesrepublik für das Begrüßungsgeld zusammengelegt werden, um aus diesen Mitteln den Betrag an Ostmark zu erhöhen, den DDR-Bürger bei Reisen in die Bundesrepublik in Westmark wechseln durften.

was Konkretes wüssten, die würden gerne organisieren, dass der Winter nicht so schwierig wird. Wir hören, dass die Energieversorgung Probleme bringen kann. Herrgott nochmal, wir haben genügend Stromübergabestellen. Da ist wirklich 'ne Menge drin – nur: es müsst sich endlich konkretisieren. Ich hab' den Bundeskanzler heute Morgen auch in der Pressekonferenz, ihr könnt' es da lesen, sehr bedrängt, dass mal alle an den Tisch gehen und dass das konkret durchdekliniert wird.²⁴ Nicht? Nicht immer nur diese Formel „große Anstrengungen“ und so – konkret! Aber ihr müsst uns da helfen und müsst uns sagen, was ihr braucht und wo es wirklich fehlt!

Willy Brandt:

Runder Tisch auf beiden Seiten – bei euch und bei uns.

Mehrere Stimmen:

Ja.

Hans-Jochen Vogel:

Wir brauchen den Runden [Tisch] für die Übersiedler und für die Hilfe. Und ihr, das sage ich jetzt bei jeder Gelegenheit, braucht wie die Polen und die Ungarn ... Aber jetzt misch' ich mich ein, jetzt misch' ich mich ein ...

Martin Gutzeit:

Wir haben ja heute Morgen ...

Hans-Jochen Vogel:

... Ihr braucht auch 'nen Runden Tisch!

Martin Gutzeit:

Wir haben heute Morgen, also die verschiedenen Gruppierungen, uns zusam-

²⁴ Vor der Bundespressekonferenz hatte Vogel am Morgen des 10. November 1989 einen runden Tisch in der Bundesrepublik gefordert, dessen Hauptaufgabe es sein sollte, die Integration der Übersiedler zu koordinieren. Teilnehmer müssten die Bundesregierung, die Fraktionen und Parteien des Deutschen Bundestages, die Länder, der Städtetag, der Landkreisverband, die Wohlfahrtsverbände, die Kirchen und die Gewerkschaften sein. Siehe Fischer 2009, S. 138.

mengesetzt und einen klaren Vorschlag für eine Forderung für einen Runden Tisch aufgestellt und hoffen, dass das in Gang kommen kann.²⁵

Hans-Jochen Vogel:

Das ist sehr wichtig jetzt für die größere wirtschaftliche Entwicklung. Also, da liegt vieles auf eurer Seite. Es hat ja gar keinen Sinn, wenn wir sagen, wir stellen 6 Milliarden bereit oder was, nicht. Und was denn nun mit dem Geld? Für mich ist der eigentliche Ansatz, dass es zu gemeinsamen Unternehmungen, zu so genannten Joint Ventures, kommt, dass Inseln entstehen, wo man sieht, wie das, was bei uns ja zum Teil wirklich ganz gut funktioniert, auch bei euch funktionieren kann. Herrgott noch mal, ihr habt doch dasselbe in den Köppen wie wir. Wir merken es doch, was da rüberkommt. Die sind doch hochqualifiziert, die Leute. Ja? Und wenn die einzelnen Einheiten, da kommt es gar nicht entscheidend aufs Eigentum an. Wenn die einzelnen Einheiten endlich nicht nur vertikal, sondern horizontal arbeiten können, und wenn sie die Frucht ihrer Anstrengungen selber sehen, dann ist eine Menge zu machen. Und wenn die Inseln in Gang kommen, dann kommt da auch Schwung rein! Ich mein', wir Deutsche kennen uns doch, nicht. Ja, ich mein', Entschuldigung. Ja? Ist doch so!

Martin Gutzeit:

Das glauben wir auch.

Hans-Jochen Vogel:

Man kann dann mit Hermes-Garantien²⁶ und wenn's um Infrastruktur geht, kann's auch um Geld gehen. Aber es muss bei euch angehen.

Willy Brandt:

Es kommt die Europäische Gemeinschaft natürlich mit ins Spiel, an der die DDR von um die Ecke 'rum ein bisschen partizipiert, bisher zum Leidwesen der Polen und der Ungarn und anderer. Das kann wichtiger werden. Ich bin am Dienstag in

²⁵ Am 4. Oktober 1989 hatten sich Vertreter der verschiedenen Oppositionsgruppierungen in der DDR erstmals getroffen, um sich abzustimmen. Die nächsten Treffen dieser Kontaktgruppe fanden am 3. und am 10. November 1989 statt. Die SDP wurde dabei durch Martin Gutzeit und Stephan Hilsberg vertreten. Vgl. Gutzeit/Hilsberg 1999, S. 648.

²⁶ Gemeint sind die Ausfallbürgschaften des Bundes für westdeutsche Exporte.

Brüssel und rede mit den sozialistischen/sozialdemokratischen Mitgliedern der Europäischen Kommission²⁷, rede dann vor unserer Fraktion, die die größte ist im Europäischen Parlament. Wir haben das mit Jacques Delors²⁸, der ein hervorragender Präsident der Kommission ist, schon ein bisschen vorbesprochen. Auch dazu brauchen wir: Futter! Futter! Wobei jemand wie Jacques Delors sagen wird: Wir haben unterschiedliche Formen von „mixed economy“. Und der Mix kann in der DDR anders aussehen als bei uns, denk' ich mir mal. Muss anders aussehen, mit einem höheren Maß an öffentlicher Verantwortung für die Wirtschaft, geht gar nicht anders. Aber es muss ein größerer Teil von privater Initiative – mir fällt kein besseres Wort ein – mit eingeführt werden, damit ...

Hans-Jochen Vogel:

... mit Kosten-Nutzen! Kosten ...

Mehrere Stimmen [unverständlich].

Hans-Jochen Vogel:

... die ist gar nicht ... Ich mein', für uns ist das ... Wir sind nämlich Sozialdemokraten. Ja?

Mehrere Stimmen:

Ja. Ja.

Ibrahim Böhme:

Da möchte ich anknüpfen: Mit Jaques Delors hätte ich – er ist ein hervorragender Ökonom, der kennt noch seinen Ricardo und seinen Smith – da hätte ich meine Schwierigkeiten sicherlich.²⁹ Ich bin ja auch kein Ökonom zum Glück in dem Falle. Aber mit den Vertretern sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien des

²⁷ Brandt hielt sich am 14./15. November 1989 in Brüssel auf, wo er u. a. mit dem Belgier Karel van Miert, EG-Kommissar für Verkehr und Verbraucherschutz, zusammentraf.

²⁸ Jacques Delors, französischer Sozialist, war von 1985 bis 1995 Präsident der EG-Kommission.

²⁹ Die SDP hegte „große Befürchtungen (...) angesichts des für 1992/93 vorbereiteten (West)Europäischen Binnenmarkts“ und befürchtete, dass die DDR im Zuge dessen „mit anderen Ländern zum bloßen Hinterhof Westeuropas degradiert“ werde. Zitate aus dem programmatischen Vortrag von Markus Meckel am 7. Oktober 1989 in Schwante, abgedruckt in: Herzberg/von zur Mühlen 1993, S. 319–331 (S. 329).

Europaparlaments haben wir gestern – 15 von ihnen haben uns besucht – zusammengesessen.³⁰ Und es war eigentlich auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Frage, die ja für uns steht, eine solche Übereinstimmung, dass wir euch bitten würden, sie zu grüßen eigentlich von uns, nachdem wir uns vor euch mit ihnen getroffen haben zu unserer Problematik.

Gert Weisskirchen:

Ich will nur sagen, Ibrahim: Wolfgang Roth³¹ wird am Dienstag, um 19.00 Uhr, bei Herrn (...) [*unverständlich*] sein, bei dem Gespräch. Er bittet darum, dass zwei oder drei Ökonomen von euch benannt werden, die möglicherweise dann mit dabei sein können. Er will dann auch was Ähnliches dann organisieren und weitergeben.

Hans-Jochen Vogel:

Hier ... herüber?

Gert Weisskirchen:

Hier, ja, [er] kommt hierhin.

Hans-Jochen Vogel:

Darf ich jetzt nochmal euch fragen, was ist denn für die Vertrauensbildung in der DDR, damit die Menschen wirklich allmählich wieder Zutrauen fassen, was ist denn das Wichtigste? Ist das der Runde Tisch, die freien Wahlen, mal vom wirtschaftlichen abgesehen?

Ibrahim Böhme:

Ich glaube, es muss ein Zeitraum gefunden werden, in dem sich die unterschiedlichen entstandenen und entstehenden demokratischen Bewegungsformen, oppositionellen Bewegungsformen, nicht nur konstituieren, sondern auch profilieren können. Das, was sie an Übereinstimmung haben, wird deutlicher, wenn man das [sieht], was sie an Unterschiedlichkeiten haben. Ich persönlich – wir

³⁰ Das Treffen mit einer Delegation der sozialistischen Fraktion des Europaparlaments fand am 9. November 1989 im „Palast der Republik“ in Ost-Berlin statt. Vgl. Gutzeit/Hilsberg 1999, S. 651.

³¹ Wolfgang Roth, MdB, war seinerzeit wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

haben, das Problem werden wir in einer Grundwertediskussion in unserem Vorstand am Sonntag diskutieren – sehe die Möglichkeit auch einer Gefahr, dass wir ein Machtvakuum erzeugen könnten, das mit so viel Unberechenbarkeitsfaktoren behaftet sein könnte, von denen wir nicht wissen, wo es hingehet. Das heißt also, das konsequent so zu benennen, dass – wir beide haben heute darüber diskutiert – favorisieren würden sogar die Teilhabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an Macht in dem Maße, wie es in einer Übergangssituation aufgrund stabiler Bevölkerungsbefragungen, repräsentativer Bevölkerungsbefragungen, beteiligt sein muss. Keine der jetzt oppositionellen Kräfte und auch nicht alle zusammen haben die Sach- und Fachkompetenz, eine Übergangsphase zu durchstehen. Wir dürfen nicht vergessen, wir haben im Gegensatz zu den Polen und Ungarn nicht den geschlossenen nationalen Hintergrund für eine oppositionelle Bewegung.

Hans-Jochen Vogel:

Da hat Reinhold was gesagt.³²

Ibrahim Böhme:

Ja, Otto hat in den letzten fünf Jahren ...

Hans-Jochen Vogel:

... viel gesagt.

Ibrahim Böhme:

... viel gesagt. Nein, nein, er hat auch – da wollen wir auch fair sein –, wenn man ihn richtig gelesen hat, in manchen Dingen bei aller falsch verstandenen Parteidisziplin, die er auch mitgetragen hat, hat er nicht nur Blabla gesagt. Und er

³² Otto Reinhold, Mitglied des ZK der SED und Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, hatte am 19. August 1989 in einem Beitrag für Radio DDR betont, dass im prinzipiellen Unterschied zu den anderen sozialistischen Ländern „die sozialistische Identität“ für die DDR die „Kernfrage“ sei. Die DDR sei „nur als antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar. Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben? Natürlich keine.“ Die „sozialistische Identität“ der DDR. Überlegungen von Otto Reinhold in einem Beitrag für Radio DDR am 19. August 1989 (Auszug), in: Blätter für deutsche und internationale Politik 34 (1989), 10, S. 1175.

geht beispielsweise in dem Überdenken von Subventionspolitik viel weiter als wir Sozialdemokraten in der DDR. Da möchten wir viel vorsichtiger sein, was irreversible Schritte anbelangt. Das heißt, das wär' jetzt meine Meinung dazu. Wichtig ist, dass die Bevölkerung auch ein Gespür für innere Stabilität wiederbekommt, und das kann nur an einem Runden Tisch sein, an dem nicht zuerst die Schuldzuweisung steht, sondern an dem zuerst – die Geschichte geht mit der Schuldzuweisung sowieso unbarmherzig um und das werden wir nicht, überhaupt nicht beeinflussen können, also nicht mal ich als Historiker.³³

(...)³⁴

Martin Gutzeit:

Bisher nimmt man sich das Recht, aber das muss abgesichert sein. Das ist das eine Moment. Das zweite Moment ist, dass die Bürger den Eindruck haben müssen, dass dies nicht zu völlig chaotischen Verhältnissen führt, sondern dass wir eine klare, stabile Übergangsphase bekommen. Es ist natürlich das große, die große Schwierigkeit, das beides ins Gleichgewicht zu bringen, weil ja durch Kaderpolitik und alles mögliche die SED natürlich mit ihren Leuten sich in Position gesetzt hat und auch die Kompetenz angeeignet hat, dieses Gemeinwesen zu verwalten. Nun muss man sehen, wie man beides versucht in ein entsprechendes Gleichgewicht zu bringen. Wir werden uns da bemühen, das ist nicht einfach. Der Runde Tisch ist wichtig, 'ne klare Zeitplanung über freie Wahlen, Verfassungsänderung und so weiter und sofort. Und dann eben Möglichkeiten der wirtschaftlichen Stabilisierung, die eben kontrolliert passieren muss, wo wir eben dran sind, dass hier nicht Dinge laufen, die uns in die Schuldenkrise treiben wie z.B. in Polen.

³³ Dass er „Historiker“ sei, gehörte zu den vielen frei erfundenen Legenden, mit denen Böhme seinen Lebenslauf ausschmückte. Tatsächlich hatte er – nach einer Maurerausbildung – lediglich einen Abschluss als Bibliothekar erworben.

³⁴ An dieser Stelle wurde vermutlich das Band des Aufnahmegerätes gewechselt, so dass eine kurze Sequenz des Gesprächs nicht aufgezeichnet worden ist. Für die fehlende Passage siehe die stenografischen Notizen von Klaus-Henning Rosen, dem Büroleiter Willy Brandts, „Nachschrift 10.11.1989“, wo es an dieser Stelle heißt: „Wir können das nicht beeinflussen. Jeder muss bedenken, was er bis zu einer verfassungsgebenden Versammlung an Konstruktivem leisten kann. Die Bürger müssen das Gefühl haben, dass das weg ist, was ihm [sic] bisher vom Staat angetan wurde. Die Bevormundung durch die Partei muss institutionell als verschwunden abgesichert werden.“

Hans-Jochen Vogel:

Dietrich.

Dietrich Stobbe:

Könnt ihr in dem Zusammenhang ein bisschen interpretieren die Äußerung von Schabowski über die Wahlen? Also, wir haben die gelesen und beteiligen können sich die, die den Status haben.³⁵ Also, das ist natürlich nicht sehr klar, aus meiner Sicht zumindest. Aber wie schätzt ihr dazu die Entwicklung ein, bei der SED?

Ibrahim Böhme:

Wir möchten prinzipiell davon ausgehen, – das ist unser fairer Standpunkt: Für uns hat Politik mit Fairness und moralischem Hintergrund etwas zu tun wie für euch ja auch – dass 2,5 Millionen Mitglieder und Kandidaten einer Partei nicht nur Schuftele und Karrieristen gewesen sein können oder sind. Ich glaube, dass in dieser Partei im Moment auch – ich bitte das nicht falsch zu verstehen jetzt – die hilflosesten Menschen mit sind, mit denen wir in einer langwierigen, geduldigen Diskussion das diskutieren wollen, was wir als Sozialdemokraten meinen. Wir setzen dabei nicht auf die Umsteiger von sozialistischen Einheitsgenossen, die sich bereits bei uns angemeldet haben. Wir möchten wirklich aufpassen, dass in diesem Zug, der abfährt und Demokratisierung heißt, jeder sitzen kann. Jeder. Egal wie groß seine Schuld oder seine Verantwortung gewesen ist. Aber wir möchten auch ein Auge darauf haben, wer an den Tender oder die Lokomotive gelangt. Ich glaube, dass man das, was der intelligente Erste Bezirkssekretär der SED von Berlin, Schabowski, gesagt hat, im Moment nicht zu interpretieren

³⁵ Bei seiner berühmten Pressekonferenz am 9. November 1989 hatte Politbüromitglied Günter Schabowski in seiner Funktion als neuer ZK-Sekretär für Informationswesen und Medienpolitik noch vor der Mitteilung über die Reisefreiheit u.a. das „Interesse“ der SED-Führung an einem Wahlgesetz erklärt, an dessen Erarbeitung „alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte“ mitwirken sollten. „Wir erstreben mit diesem Wahlgesetz freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahlen, bei denen in jeder Phase die öffentliche Kontrolle garantiert ist“. Für den „Interessenausgleich in der Gesellschaft“, so Schabowski, sei es „notwendig, neue demokratische Formen zu entwickeln“. Man stehe auf dem Standpunkt, „dass der Demokratiebedarf in der DDR viel größer war als die in der Tat vorhandenen und nicht gering zu schätzenden Formen der sozialistischen Demokratie“. Siehe den Ausschnitt in der „Aktuellen Kamera“ des DDR-Fernsehens vom 9. November 1989, in: DRA, IDNR 46191. Außerdem sagte Schabowski auf der Pressekonferenz, „alle politischen Kräfte, die sich als wahlfähig erwiesen, sollten an freien Wahlen teilnehmen“. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. November 1989.

ist, weil sich ganze Parteiebenen der SED in Konfusion und Auflösung befinden. Ideologie hat die SED seit 1976, seit dem IX. Parteitag nicht mehr gemacht.³⁶ Sie hat von der politischen Pragmatik gelebt. Das schlägt sich jetzt nieder. Denn bis '76 war es so, dass die SED ihr Parteivolk durch Ideologie zusammengehalten hat oder die Gefolgschaft zusammengehalten hat. Und das würde jetzt vielleicht zu weit führen. Ich glaube, es lässt sich nicht interpretieren.

Dietrich Stobbe:

Weil es im Fluss ist, meinst Du? Die nackten Sätze ließen sich ja interpretieren, oder?

Ibrahim Böhme:

Sie lassen sich auch nicht interpretieren, was eine konkrete Aussage zur Situation des Landes anbelangt und zur Forderung der demokratischen Bewegungsformen zu freien demokratischen Wahlen anbelangt. Aber ich glaube, man sollte hier auch ein Maß Vertrauen, nicht blindes Vertrauen, aber Vertrauen ansetzen zu den Menschen auch in der SED, die bereit sind, ihre Lernfähigkeit demnächst unter Beweis zu stellen.

Willy Brandt:

Ich meine, der Schabowski ist ja jedenfalls nicht sprachlos geworden. Ich hatte ihn ein paar Mal gesehen im Laufe der Jahre³⁷ und wundere mich nicht darüber, dass er sich jedenfalls nicht drückt vorm Gespräch. Andere wären, waren gar nicht mehr fähig es zu führen. Nur: Kalkuliert ihr ein, dass ein solcher Prozess wie der, der jetzt im Gange ist, fast zwangsläufig auch zu 'ner Differenzierung führen muss innerhalb der Einheitspartei? Einige scheiden aus. Und andere werden sagen: „Wir wollen wirklich einen neuen Weg.“ Und einige, was ja ihr gutes Recht ist, werden sagen: „Nee, im Grunde haben wir Recht behalten oder wollen wir erneut Recht haben.“ In Ungarn haben wir ja das erlebt. In Ungarn haben wir das erlebt. Nicht? Wie eine, eine kommunistische Partei, die sich nicht so

³⁶ Auf dem IX. Parteitag der SED, der vom 18. bis 22. Mai 1976 in Ost-Berlin stattfand, war das seither gültige Parteiprogramm verabschiedet worden.

³⁷ Brandt war Schabowski beispielsweise bei seinem Besuch in Ost-Berlin im September 1985 begegnet.

nannte, aber es tatsächlich war, sich gespalten hat. Übrigens: Der größere Teil, der sich jetzt Ungarische Sozialistische Partei nennt, hat mir gerade gestern in aller Form den Aufnahmeantrag überreichen lassen in die Sozialistische Internationale – werden wir ...

Hans-Jochen Vogel:

Ein Gedränge. (*Lachen*)

Willy Brandt:

Werden wir mit Vorsicht behandeln, mit Vorsicht behandeln. Aber daneben bildet sich eine neue kommunistische Partei, aus denen, die diesen Weg nicht für richtig halten. Das ist an sich eine gesunde Entwicklung. Warum soll's die nicht auch geben? Und ... also ich würd' mich sehr wundern, wenn sich nicht Ähnliches oder Vergleichbares auch auf die DDR bezogen herausbildete. Oder? Ist das ...

Mehrere Stimmen [unverständlich].

Ibrahim Böhme:

Ja, sehr wahrscheinlich, ja.

Peter Hilsberg:

Also, ich seh's ein bisschen anders.

Willy Brandt:

Ja?

Peter Hilsberg:

Ich sehe, dass da zunächst mal in der gegenwärtigen Phase innerhalb der Partei, sozusagen der Parteibasis, doch achtbare Gruppen und Arbeitsgruppen vorhanden sind, die versuchen, einen erheblichen Druck auf die Parteileitung auszuüben, in der Hoffnung, die gesamte Partei als Einheit erhalten und wandeln zu können. Die Forderungen, die sie im Einzelnen stellen, sind auch Forderungen, die auch andere Gruppen stellen, also der Verzicht auf Führungsanspruch. Der ist ja was ganz anderes und mit den Mediengeschichten und Ähnliches unterscheidet sich's im Grunde genommen, im Grunde genommen nicht. Und bei den Wirtschaftssachen wird man sehr genau hinsehen müssen, wo eigentlich die

Unterschiede sind. Aber sie wollen ihre Partei als Ganzes erhalten. Die Chance ist, die Frage ist, welche Chancen sie haben.

Ibrahim Böhme:

Ich würde das nicht als Widerspruch zu dem sehen, was Willy Brandt gesagt hat. Ich würde es als Ergänzung sehen. Ich sehe tatsächlich auch diese, im Prinzipiellen diese drei Felder, die genannt worden sind, die sich aus der Substanz SED entwickeln könnten. Ich meine, die SED hat gegenüber den Sozialdemokraten der DDR, die eine Minderheit im Moment sind und vielleicht noch längere Zeit bleiben werden, – wir können mit dem Minoritätsstatus bei unserer moralischen Substanz oder bei unserer politischen Philosophie durchaus leben. – sie hat einen Nachteil: Die SED wird auf jeden Fall gezwungen sein, den theoretischen, das theoretische Fundament für den Führungsanspruch, den Unfehlbarkeits- und Wahrheitsanspruch, aufzugeben.

Willy Brandt:

Richtig.

Hans-Jochen Vogel:

Richtig.

Ibrahim Böhme:

Und damit, glaube ich, verliert sie auf Dauer, nicht von heut' auf morgen vielleicht, verliert sie auf Dauer die Basis für den Führungsanspruch. Und es gibt nicht wenige Mitglieder der SED im Wissenschaftsbereich, die ja das schon seit Jahren vertreten. Wenn ich also an die Karl-Marx-Universität in Leipzig denke oder an die Humboldt-Universität in Berlin, dort gibt es Leute, die das seit Jahren bereits vertreten und den Wandel derzeit [sic] '76 von der Parteiführung gefordert haben. Aber ich sehe da keinen Widerspruch jetzt zu dem, was gesagt wurde. Ich glaube, dass die Konfusion in der SED diese drei Felder bestätigen wird: A) die, die auf dem alten – es wird die Minderheit sein – auf dem alten ideologischen Prinzip verharren wird, verharren. B) die Kräfte, die also tatsächlich, wie Sie richtig sagen, ihre Parteileitung zur Erneuerung in einem wirklich demokratischen Sinn auch drängen. Und C) die Kräfte, die einen pragmatischen Weg suchen, um einfach in der Realität noch eine Rolle zu spielen, egal, mit welchen Ansprüchen, aber eine Rolle zu spielen. Ich glaube, dass das Prinzip, dass die SED sich mit dem

Wahr-, mit der Preisgabe des Wahrheitsanspruchs, mit dem sie sich demnächst beschäftigen wird, sehr schwer haben wird.

Dietrich Stobbe:

Aber darf ich doch noch mal nachfragen? Das Stichwort war verfassungsgebende Versammlung. Das setzt ja wohl Wahlen voraus. Um Wahlen durchzuführen, muss zuvor ein Prozess laufen, wer kann sich an den Wahlen beteiligen. Und an der Stelle fällt ja die Entscheidung darüber, ob eine vorgegebene Kraft definiert, wer daran teilnehmen kann oder ob aus der Gesellschaft heraus sich Gruppierungen bilden können, Parteien bilden können, die sich also um Sitze in diesem Parlament bewerben. Und die Frage ist doch, wird die SED den Machtanspruch, der darin liegt, das definieren zu wollen, aufgeben und wie wird sich das konkret vollziehen?

Martin Gutzeit:

Ich hab' vorhin schon von dem Runden Tisch gesprochen. Wir haben festgelegt, dass dort auch, jedenfalls in unserem Ansatz ...

Ibrahim Böhme:

Ja, festgelegt war das.

Martin Gutzeit:

Ja, wir haben festgelegt, ja, ganz bewusst festgelegt, dass dort auch über diese Bedingungen gesprochen werden muss ...

Dietrich Stobbe:

Ah, ja.

Martin Gutzeit:

... und dass dort Absprachen über Wahlen stattfinden müssen. Ich meine, die Frage von freien Wahlen, wann, ist wirklich 'ne ganz wichtige. Wann?³⁸ Wenn wir

³⁸ Der wenige Tage zuvor von Martin Gutzeit und Markus Meckel entworfene Zeitplan sah Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung im September 1990 und Parlamentswahlen im Frühjahr 1991 vor. So stand es in einer Vorlage „Schritte auf dem Weg zur Demokratie“, die am 8. November 1989 vom Geschäftsführenden Ausschuss und am 12. November 1989 vom Vorstand der SDP beschlossen wurde. Der Runde Tisch sollte als Übergangsinstitution dienen. Vgl. Gutzeit 2011, S. 156, Anm. 1.

in den nächsten Monaten das schon sehr schnell haben, führt's ins Chaos und ist wirklich äußerst schwierig. Es muss eine, es müssen Bedingungen geschaffen werden, wo man wirklich von freien Wahlen sprechen kann, das heißt, wir müssen uns und auch die anderen Gruppen müssen sich konstituiert haben und wirklich, wir brauchen Pressefreiheit und ...

Hans-Jochen Vogel:

Welche Chance gibt ihr denn der Forderung nach Wiederholung der Kommunalwahlen aufgrund der Unregelmäßigkeiten?³⁹

Martin Gutzeit:

Es ist nicht die Frage der Forderung, sondern es ist eine Frage, unter welchen Bedingungen ist es überhaupt sinnvoll, solche Wahlen durchzuführen. Es ist – ich meine, sehr viele Bürger werden bei uns jetzt meinen, so schnell wie möglich. Aber es ist die Frage, ob das wirklich politisch klug ist und sinnvoll ist.

Hans-Jochen Vogel:

Weil wir nicht jeden Tag beieinander sind, hätte ich gern noch drei Punkte berührt und ...

Ibrahim Böhme:

Ich darf noch einen Satz hier nachschieben.

Hans-Jochen Vogel:

Aber gern!

Ibrahim Böhme:

Wer die Entwicklung vom 26.8. an verfolgt hat, als die Sozialdemokraten in der DDR eine Initialzündung für die Gründung neuer politischer Formen gesetzt haben⁴⁰, hat ein bisschen Gespür, glaube ich, dafür, oder gewinnt unter Umständen ein

³⁹ Die Ergebnisse der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, bei denen ohnehin nur die Einheitsliste der „Nationalen Front“ „gewählt“ werden konnte, waren von der SED gefälscht worden.

⁴⁰ Am 26. August 1989 war in der Ost-Berliner Golgatha-Gemeinde der Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR öffentlich vorgestellt und von Martin Gutzeit, Markus Meckel, Ibrahim Böhme und Arndt Noack unterzeichnet worden. Vgl. Gutzeit/Hilsberg 1999, S. 618 f., und Gohle 2014, S. 74 f.

bisschen Gespür dafür, dass im Moment eigentlich nicht die Frage nach der gesetzlichen Legalität so sehr steht wie nach der gesellschaftlichen Legitimität.

Dietrich Stobbe:

Ja, ja.

Ibrahim Böhme:

Und da ist die Frage, wenn es uns möglich ist, den Bürgern klarzumachen, dass der Runde Tisch, der Dialogtisch entscheidender ist als die alte bisher obwaltende Legal-, gesetzliche Legalstruktur, dann ist alles ...

Willy Brandt:

Ja.

Ibrahim Böhme:

... bisherige (...) [unverständlich].

Willy Brandt:

Darf ich eine Bemerkung machen, bevor Jochen Vogel sich äußert. Also, ich würde sehr zu überlegen geben, ob es klug ist, wenn es auch sehr deutsch wäre, zu sagen: „Wir brauchen die verfassunggebende Versammlung. Und erst wenn die fertig ist, machen wir das andere.“⁴¹ Eine neue Verfassung zu machen ist nicht im Handumdrehen gemacht, wenn es ernsthaft gemacht werden soll. Dafür zuviel Zeit zu verlieren für die übrige Demokratisierung wäre in höchstem Maße bedenklich. Deshalb die Frage, ob man mit überlegt, parallel zueinander die beiden Vorgänge zu machen: Eine parlamentarische Vertretung für die DDR, die den Namen verdient. Das ist zu machen, wenn der Führungsanspruch der SED fallengelassen wird.⁴² Nur dieser eine Punkt braucht dafür geändert zu werden. Dann eine Volksvertretung zu haben – ob man die weiterhin Volkskammer nennt oder nicht, warum nicht? Warum soll man sie nicht so nennen, ist doch Wurst – und nicht sich von vornherein festzulegen auf diesen anderen Prozess:

⁴¹ Siehe dazu Anm. 38.

⁴² Der absolute Führungsanspruch der SED war seit 1968 in Artikel 1 der DDR-Verfassung verankert.

Verfassunggebende Versammlung, ein Jahr oder mehr und dann erst kommen die anderen, dann erst kommen die anderen ...

Hans-Jochen Vogel:

Ich würd' das sehr aufgreifen. Ich war grad in Budapest.⁴³ Die Ungarn haben ja nicht eine neue Verfassung gemacht, sondern sie haben die entscheidenden Punkte der Verfassung mit dem Absolutheitsanspruch, mit dem Machtanspruch und noch zwei, drei Sachen geändert, in den so genannten Ecksteingesetzen.⁴⁴ Nicht? Und dann haben sie die Voraussetzungen für Wahlen gehabt. Es hat übrigens das Parteivermögen eine große Rolle gespielt, aber ... lasst mich ... (*Lachen*)

Mehrere Stimmen [unverständlich].

Ibrahim Böhme:

Es wird auch hier eine große Rolle spielen.

Hans-Jochen Vogel:

Ja, ja. Da sind die auch sterblich, die Kameraden, alle miteinander. Nicht? Wenn das Thema hochkommt ... Aber lasst mich ...

Ibrahim Böhme:

Wir sind barmherzig.

Martin Gutzeit:

Na, aber wir müssen aufpassen, dass ...

Ibrahim Böhme:

Du als Theologe, nicht so sehr, aber ... (*Lachen*)

Mehrere Stimmen [unverständlich].

⁴³ Vom 10. bis 14. Oktober 1989 hatte Vogel Polen und Ungarn besucht. Vgl. Vogel 2014, S. 58 f.

⁴⁴ Am 23. Oktober 1989 war in Ungarn eine modifizierte Verfassung in Kraft getreten, die den Weg für freie, demokratische Wahlen ebnete.

Hans-Jochen Vogel:

Ich möcht' aber gern meine drei Punkte wenigstens noch mal ansprechen. Ihr könnt dann aussuchen, wozu ihr was sagen wollt. Erstens: Ich hab' in den letzten Tagen sehr stark auf den Ministerpräsidenten, den kommenden⁴⁵, abgehoben, hab' Kohl z.B. aufgefordert, mit dem kommenden Ministerpräsidenten zu reden, denn der will ja offenbar nicht einfach ein vollziehendes Organ sein. Der eine ist Staatspräsident⁴⁶, nicht, so in unserem, ja, und der andere ist Ministerpräsident. Was ist denn eure Meinung? Ist es vernünftig, jetzt stärker auf den Ministerpräsidenten zuzuarbeiten? Die zweite Frage, und die geht nun ans Eingemachte: Ich meine, ich hab' gerade vor vier Stunden mit Willy zusammen in einer Fraktions-sitzung und in einem Abgeordnetenhaus gesessen.⁴⁷ Und da ging's um die Frage, da ging's um die Frage, ob in der Resolution des Berliner Abgeordnetenhauses am Schluss gesagt werden müsse – ich hoffe, Dietrich hilft mir, dass ich das aus dem Kopf noch zusammenbringe: – Ah, er hat's dabei.

Dietrich Stobbe:

Aber ich hab' jetzt die Fassung, die Du geändert ...

Hans-Jochen Vogel (in Unterlagen blättern):

Die alte, die alte habe ich im Kopf. Die alte habe ich im Kopf. Also, war alles, ja, war Blabla und war alles in Ordnung. Und dann hinten gab's den Streit. Da gab's den Streit. Da sagten die einen: „Das Abgeordnetenhaus von Berlin hält fest an dem Ziel, auf einen Zustand des Friedens und der Einheit Europas hinzuwirken, in dem auch das deutsche Volk in Freiheit seine Einheit erlangen kann.“⁴⁸ Und die andere Fassung hat geheißen: „... Zustand des Friedens und der Einheit Europas

⁴⁵ Hans Modrow (SED) wurde am 13. November 1989 Nachfolger des am 7. November 1989 zurückgetretenen Ministerpräsidenten Willi Stoph.

⁴⁶ Gemeint ist der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Egon Krenz.

⁴⁷ Die Sondersitzung des Berliner Abgeordnetenhauses, die ursprünglich für 15 Uhr vorgesehen war, hatte wegen des heftigen Streits um den Resolutionsentwurf erst gegen 16 Uhr begonnen. Sie dauerte ca. eine Stunde. Zuvor hatten die Fraktionen beraten. Vgl. Einleitung und siehe „Der Tagesspiegel“ vom 11. November 1989.

⁴⁸ Diese Formulierung, die sich an den „Brief zur Deutschen Einheit“ von 1970 bzw. 1972 anlehnte, hatte die CDU-Fraktion vorgeschlagen. Die SPD war bereit, dem zuzustimmen. Ihr grüner Koalitionspartner Alternative Liste (AL) lehnte das aber wegen des Wortes „Einheit“ am Ende des Satzes strikt ab. Vgl. Einleitung.

hinzuwirken, in der [sic] auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung zu der Form seines Zusammenlebens gelangen kann, für das es sich in freier Selbstbestimmung entscheidet.“⁴⁹ Was wär' denn Euer Votum gewesen? (*Lachen*)

Martin Gutzeit:

Also, da müsste ja ... Ich würde sagen, ich von mir aus halte die zweite Variante für ange(...) [*unverständlich*].

Mehrere Stimmen (laut durcheinander) (Lachen).

Martin Gutzeit:

Ich muss ganz einfach sagen. Ich muss ganz einfach sagen, wohin wir uns bestimmen, das muss man uns selbst überlassen.

Hans-Jochen Vogel:

Gut so. Ihr sollt aber wissen ...

Martin Gutzeit versucht etwas zu sagen, bricht aber ab.

Hans-Jochen Vogel:

Freunde, ihr sollt aber wissen, dass dies ein Punkt ist wegen des Wortes „Einheit“ hinten, das in der innenpolitischen Auseinandersetzung bei uns in der Bundesrepublik zum emotionalen Zündstoff hochgejubelt wird.

Willy Brandt:

Wobei es dort nicht hieß „staatliche Einheit“, sondern „Einheit des Volkes“ ...

Martin Gutzeit:

Da müssen wir jetzt mal, da müssen wir jetzt mal differenzieren und über diese ganzen Sachen reden. Aber das ist ...

⁴⁹ Die Kompromissformel, auf die sich SPD und AL gegen die Stimmen der CDU und der Republikaner mühsam verständigten, lautete schließlich: „Das Abgeordnetenhaus von Berlin hält fest an dem Ziel, auf einen Zustand des Friedens und der Einheit in Europa hinzuwirken, in dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung zu der Gestaltung seines Zusammenlebens gelangen kann, für die es sich in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts entscheidet.“ Zitiert bei Momper 2014, S. 167.

Hans-Jochen Vogel:

Ich kenn' eure Grundsatzposition über die Zweistaatlichkeit usw. und das später und Europa.⁵⁰ Nicht? Ich hab' auch die Stelle aus dem Programm von dem Neuen Forum und dem Demokratischen Aufbruch.⁵¹ Da wird uns immer gesagt: „Das sagt ihr jetzt, aber im Grunde denkt ihr auch schon usw. und so fort.“ Ich hätt' gern 'ne Bestätigung gehört, dass ihr das nicht nur jetzt im Augenblick denkt.

Martin Gutzeit:

Wie gesagt, es geht hier um die prinzipielle ökonomische und politische Selbstbestimmung der Bürger, die hier leben. Und: Die Einheitsvorstellungen, jedenfalls wenn man sie kurzfristig nimmt, schädigen im Prinzip, angesichts der Geschichte ...

Hans-Jochen Vogel:

Darf ich fragen: Wo ist denn hier das ZDF? Wo ist denn an der Stelle das ZDF? Hallo? (*Lachen*)

⁵⁰ In seinem programmatischem Vortrag in Schwante hatte Markus Meckel am 7. Oktober 1989 Folgendes zur deutschen Frage ausgeführt: „Wir anerkennen die Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit unseres Volkes. Damit sind künftige Optionen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung nicht ausgeschlossen, doch können sie jetzt nicht handlungsorientierte politische Ziele sein. Mit der Bundesrepublik Deutschland verbinden uns eine gemeinsame Geschichte, Kultur und die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Nation. (...) Doch eine fast 45jährige Nachkriegsgeschichte, die die beiden deutschen Staaten in feindliche Bündnisse einbezogen hat – eingebettet in eine ganz bestimmte europäische Konstellation – das läßt sich nicht einfach alles wegwischen. Die Rede von Wiedervereinigung ist da äußerst unproduktiv und im Grunde rückwärts gewandt, denn eine Wiedervereinigung wird es nun bestimmt nicht geben können. Wir wollen das freie Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung der DDR. Wir wollen offene Grenzen mit visafreiem Verkehr zur Bundesrepublik und die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die Bundesrepublik.“ Herzberg/von zur Mühlen 1993, S. 319–331 (S. 330).

⁵¹ Am 1. Oktober 1989 hatte das „Neue Forum“ einen Text veröffentlicht, in dem es u.a. hieß: „Für uns ist die ‚Wiedervereinigung‘ kein Thema, da wir von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgehen und kein kapitalistisches Gesellschaftssystem anstreben. Wir wollen Veränderungen hier in der DDR.“ Abgedruckt in: Sebastian Pflugbeil: Das „Neue Forum“, in: Kuhr 1999, S. 507–536 (S. 525). Der „Demokratische Aufbruch (DA)“, der informell am 1. Oktober und offiziell am 29./30. Oktober 1989 gegründet worden war, hatte eine vorläufige Grundsatzerklärung verabschiedet, die u.a. konstatierte: „Das besondere Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, begründet in der Einheit deutscher Geschichte und Kultur, wird durch den DA hoch bewertet. (...) Wir gehen von der deutschen Zweistaatlichkeit aus.“ Abgedruckt in: Ehrhart Neubert: Der „Demokratische Aufbruch“, in: Kuhr 1999, S. 537–571 (S. 561).

Stimme aus dem ZDF-Team:

Wir sind hier!

Hans-Jochen Vogel:

Ja, hier sind bedeutende Aussagen.

Martin Gutzeit:

Ich muss einfach sagen, ich mache immer den Vorschlag, „Leute, stellt euch vor, morgen haben wir die Einheit.“ Was würde mit uns passieren? Wir sind ein Volk, das Bürger (...) [*unverständlich*] werktätige Bürger, die nicht im Besitz des Wertes ihres Geldes sind. Und wenn dann, wenn dann (*Lachen und Unruhe*) plötzlich die Einheit kommt, werden wir aufgekauft bis auf den letzten Nagel. Das bringt uns nichts. Und politisch ...

Hans-Jochen Vogel:

Langsam, da muss man nochmal. Ich frag' noch mal.

Mehrere Stimmen (Lachen und Unruhe).

– *Beginn des dritten Ausschnitts des Fernsehberichts in der Sendung „ZDF spezial“* –

Martin Gutzeit:

Ja, was die Frage der Sehnsucht mit der Einheit, ich kann das ja verstehen, emotional. Aber das hat auch etwas mit politischer Rationalität und den Interessen der Bürger, die hier in diesem Gebiet leben, zu tun, und da frage ich immer, was passiert, wenn wir plötzlich die Einheit haben. Wir sind ein Volk, wir haben lauter Werktätige, die nicht in Besitz des Wertes ihrer Arbeit sind. Wir haben Gutscheine, deren Einlösung nicht gewährleistet ist. Und wenn jetzt plötzlich Milliarden von Devisen hier 'rüberfließen, sind wir plötzlich arme Leute und es könnte sehr schnell passieren, dass wir nichts mehr haben, weil wir aufgekauft werden. Das sind die ökonomischen Momente der Einheit, wenn sie jetzt sehr schnell da ist.

Willy Brandt:

Bloß wir haben doch jetzt Einheit erlebt, gestern und heute. Das ist auch 'ne Form von Einheit, dass die Menschen zueinander strömen ...

Hans-Jochen Vogel (zwischenrufend):

Ja, richtig!

Willy Brandt:

... und auf neue Weise zusammenleben wollen.

Martin Gutzeit (zwischenrufend):

Ja. Diese Einheit halte ich für ganz wichtig. Das heißt, dass die Grenzen als ...

Hans-Jochen Vogel (zwischenrufend):

Aber das ist nicht die staatliche Einheit, nicht?

Hans Simon (zwischenrufend):

Das ist doch keine staatliche Einheit.

Hans-Jochen Vogel (zwischenrufend):

Richtig! Das ist genau (...) [*unverständlich*]

Martin Gutzeit:

Es geht nicht um die staatliche Einheit, es gibt die Einheit der Völ-, der Menschen hier und drüben, dass wir reisen können und dass wir uns begegnen können und dass diese Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren.

Hans-Jochen Vogel:

Könnten wir uns auf die Formel vom Hoffmann von Fallersleben einigen, dass für diese Zeit Recht und Freiheit und Einigkeit⁵² wichtig ist? Und Euer Selbstbestimmungsrecht, dass ihr zum Zeitpunkt, in dem ihr in der Lage seid, selber entscheidet, welche Form des Zusammenlebens ihr für richtig haltet.

Martin Gutzeit:

Ich denk' ...

⁵² August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798–1874) dichtete das „Lied der Deutschen“, dessen dritte Strophe mit „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ beginnt.

Hans Simon (zwischenrufend):

Keine Einstaatlichkeit.

Martin Gutzeit:

Ich denke, wir müssen die Situation bekommen, wo wir wirklich darüber entscheiden können.

Hans-Jochen Vogel:

Ja.

Martin Gutzeit:

Zur Zeit ist es schwer, dies zu tun. Und ich glaube, dazu brauchen wir die politische Selbstbestimmung. Wir brauchen eine Demokratisierung dieses Landes, wo dann die Bürger wirklich frei entscheiden können. Das können wir noch nicht.

– Ende des dritten Ausschnitts des Fernsehberichts in der Sendung „ZDF spezial“ –

Dietrich Stobbe:

„In Freiheit über das künftige Miteinander“ hat Steffen Reiche geschrieben.

Martin Gutzeit:

So ist es. Und das ist das politische Moment. Das ist das wirtschaftliche und politische der Selbstbestimmung, das wir brauchen, beide Momente. Und zwar in einem Miteinander der beiden deutschen Staaten, wo die Grenzen ihr Trennendes verloren haben.

Hans-Jochen Vogel:

So ist es! Und Europa zu stärkerer Einheit gelangt.

Willy Brandt:

Oder noch ein bisschen anders formuliert: Wenn die Teile Europas zusammenwachsen, was sie ja tun, wenn's auch ein bisschen dauert, wer kann eigentlich von unseren Nachbarn, auf die es ja mit ankommt, etwas dagegen haben, dass auf den Gebieten, auf denen die Deutschen mehr gemeinsam haben als andere Europäer – nämlich Kultur, Kommunikation, Umwelt – dass sie auf diesen



Die weiteren Anwesenden: Steffen Reiche (ganz vorne), Pfarrer Hans Simon (l. neben Reiche), Frau Simon (Bildmitte), zwei Personenschützer (hinter Frau Simon). Die übrigen Personen konnten nicht identifiziert werden.

Gebieten eine engere Verbindung miteinander eingehen als sonstige Staaten in Europa. Ist das ein akzeptabler Gedanke?

Martin Gutzeit:

Selbstverständlich. Ich denke, wir werden darauf zugehen. Und wie sich die spätere politische Ordnung in Europa, auch zwischen den deutschen Staaten, ergibt, das ist noch gar nicht raus. Aber dazu müssen in dieser Situation, müssen die Menschen in der Lage sein, darüber zu entscheiden, wirklich frei zu entscheiden, ohne eben die Nachteile zu haben, wie es jetzt passieren würde, wenn wir es sofort machten.

Hans-Jochen Vogel:

Also, klassische Antwort. Die dritte Frage, die ich aufwerfen möchte, grad' weil wir nicht alle Tage beieinander sind. Bitte, was fällt euch auf die Nerven, von dem,

was wir drüben sagen? Ich meine, wir Sozialdemokraten, aber auch die anderen. Was ist für euch schwierig zu verstehen? Bitte, ja.

Ibrahim Böhme:

Also ...

Hans-Jochen Vogel:

Er hat sich schon mal im Fernsehen geäußert, das weiß ich noch.

Ibrahim Böhme:

Ja, aber dankbar war ich dem Hans-Jochen Vogel und dem Karsten Voigt am Morgen des 27. oder am Morgen des 28. August über die Vorstellung, dass – Karsten Voigt vor allem hier – dass eine sozialdemokratische Partei in der DDR moralisch-politisch zu unterstützen wäre, aber im Moment als illusorisch erscheint.⁵³ (*Lachen*) Da war ich ein bisschen sehr sauer drüber.

Hans-Jochen Vogel:

War nicht so dumm.

⁵³ Gemeint sind Äußerungen von Karsten Voigt am 29. August 1989 im Deutschlandfunk. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion hatte erklärt, dass die Existenz einer sozialdemokratischen Partei in der DDR zwar „zur Zeit nicht legal“, aber „genauso legitim wie die Existenz einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland“ sei. Weiter führte Voigt aus: „Ich glaube nicht, dass wir von der Bundesrepublik Deutschland aus als Sozialdemokraten eine Partei in der DDR gründen sollten. Ich halte das selber auch nicht für aktuell zur Zeit. Aber darüber hinaus ist zu sagen: Wenn Leute, die für eine Demokratisierung der DDR eintreten, in der DDR selber Schwierigkeiten haben oder sogar von der Polizei verfolgt werden, dann ist es überhaupt keine Frage, dass wir als Sozialdemokraten mit diesen Leuten eine politische und moralische Solidarität ausdrücken müssen. Helfen können wir selber sehr wenig. Das ist auch einer der Gründe, warum ich nicht von der Bundesrepublik aus sage: Jetzt gründet mal eine Partei ... Ich selber hoffe doch auch ein bisschen, dass die SED jenseits der Hektik jetzt des Tages und der Kontroversen des Tages selber sich doch darauf besinnt, dass auch für ihr eigenes Land die Aufnahme und Wiederbelebung von demokratisch-sozialistischen Traditionen nicht schädlich ist, sondern nützlich sein könnte.“ Der Wortlaut des Interviews ist dokumentiert in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Deutschland 1989. Dokumentation zu der Berichterstattung über die Ereignisse in der DDR und die deutschlandpolitische Entwicklung, bearb. von Anna Maria Kuppe, Bonn 1991, Bd. 16, S. 261 f.

Ibrahim Böhme:

Nein, nein, ich war ein bisschen sehr sauer drüber aus dem einfachen Grund, weil ich dachte: Menschenskinder, wo haben die ihr Solidargefühl stecken gelassen jetzt? Auf der anderen Seite war ich so glücklich drüber. Ihr habt uns die Arbeit der Dementis weggenommen, der SED und der Staatsführung in dem Lande zu erklären, dass wir kein Ableger der SPD sind. – Wir erheben übrigens, Genosse Stobbe, keinen Anspruch auf das eingefrorene Parteivermögen der Ostbüros der SPD in Ost-Berlin.⁵⁴ (*Lachen*)

Mehrere Stimmen [unverständlich].

Hans-Jochen Vogel:

Das würde euch nicht weit bringen. Das würde euch nicht weit bringen ...

Dietrich Stobbe (lachend):

Das würde euch auch nicht weit bringen. Das stimmt.

Willy Brandt:

Ihr müsst mehr auf ein anderes Datum zurückgehen, nicht. Das wird interessanter.

Hans-Jochen Vogel:

'46 zum Beispiel.⁵⁵

Ibrahim Böhme:

Ich erinnere mich an ein Datum. Willy Brandt, am 26. Dezember 1962⁵⁶ hast Du mit Postbeamten gesprochen – ich war damals noch Kind –, mit Postbeamten

⁵⁴ Bis zum 13. August 1961 hatte sich die SPD aufgrund des Vier-Mächte-Status von Berlin auch in den Ostsektoren der Stadt legal politisch betätigen können und dort Büros unterhalten. Da dies nach dem Mauerbau nicht mehr möglich war, hatte der in West-Berlin ansässige Landesvorstand der Berliner SPD die acht östlichen Kreisverbände am 23. August 1961 für aufgelöst erklärt, sich zugleich aber die Möglichkeit einer Neugründung vorbehalten.

⁵⁵ Am 22. April 1946 hatte in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED stattgefunden.

⁵⁶ Korrekt ist der „26. Dezember 1963“, als während der Weihnachtsfeiertage West-Berliner aufgrund eines Passierscheinabkommens erstmals seit dem Mauerbau ihre Verwandten im Ostteil der Stadt besuchen konnten.

gesprachen und Dich bedankt bei ihnen, damals noch als Regierender Oberbürgermeister von Berlin (West) ...

Willy Brandt:

Ohne Ober.

Hans-Jochen Vogel:

Nur Bürgermeister.

Ibrahim Böhme:

... Bürgermeister, Regierender Bürgermeister von Berlin (West) gesprochen und Dich bedankt dafür, dass sie das erste Weihnachten nach dem Bau der Mauer organisiert haben als Besuchsmöglichkeiten für unsere DDR-Berliner, für die (...) *[unverständlich]* Berlin. Das war der erste Schritt zur Durchlässigkeit der Mauer.

Hans-Jochen Vogel:

Aber noch mal gefragt: Was geht euch auf die Nerven von dem, was wir da drüben erzählen und sagen, auch semantisch und in der Wortwahl? Ich mein', bitte.

Hans Simon:

Ich würde wirklich sagen, diese Gedanken, die immer wieder hochkommen von der Einheit Deutschlands. Denn ich halte das für eine, wenn man überhaupt von einer – ja, wie soll man sagen? – von einer Politpsychologie reden kann, halte ich es für unmöglich. Denn man darf nicht unterschätzen, dass es in diesen 40 Jahren sozialpsychologisch immer wieder einen Prozess gegeben hat, der sehr viele und, ich denke, eine ganze Menge Menschen in der DDR dafür doch ein Stück, denkerisch ein Stück offen gemacht hat, dass Sozialismus eine mögliche und unter Umständen gute Alternative sein könnte zu einer so und so gearteten globalistischen Bundesrepublik. Also, ich kann das nur so von meinem Kollegenkreis und Freundeskreis hier innerhalb der Kirche sagen. Es gibt viel, viel mehr Kollegen und Amtsbrüder, die also einfach sagen: Wir denken, dass der Ansatz für eine sozialistische Gesellschaft etwas dem, was wir als Theologen vom Neuen Testament her zu sagen haben, näher ist, als das, was uns oft an z.B. von CDU und CSU in ihren Entwürfen da in der Bundesrepublik entgegenkommt. Ich denke, es gibt sehr viele, nicht nur innerhalb der Kirche, die so denken, und das kann man nicht einfach überspringen, nicht, und kann so sagen: „Also, ja, der Gedanke

der nationalen Einheit, staatlichen Einheit, das ist das Entscheidende.“ Ich denke, dass da sehr viele vor den Kopf gestoßen werden.

Hans-Jochen Vogel:

Darf ich noch 'ne brisante Frage stellen? Ich denk' völlig so wie ihr, hab' da überhaupt kein Problem und ich weiß, was da in der Vergangenheit – ja? – und so. Nur manchmal ... – Nee, das nicht.⁵⁷

Männliche Stimme:

Das nicht?

Hans-Jochen Vogel:

Das nicht. Bitte nicht. – Manchmal habe ich die Sorge bei uns – bei euch kann ich's nicht beurteilen – und da frage ich euch: Dass plötzlich, entsprechende Bilder und Ereignisse vorausgesetzt, ein nationalistischer Funke helle Flammen schlagen könnte. Ihr glaubt gar nicht, was die Fernsehbilder von den jungen Menschen, die in Ungarn über die Grenze kamen und manche Bilder – nicht? Ich kann euch nicht gewährleisten, dass da die rationalen Kontrollen und Bremsen ...

Willy Brandt:

Die hier auch nicht ...

Hans-Jochen Vogel:

Wie ist es denn bei euch?

Willy Brandt:

... was da in Sachsen und sonst wo noch kommen kann.

Peter Hilsberg:

Ich mag noch mal eins sagen: worauf man also setzt. Ich bin sozusagen stellvertretend für meinen Sohn, und war einmal entsetzt, wie die hier ihre Sozial-

⁵⁷ Vermutlich spricht Vogel hier zum ZDF-Team, das die folgenden Äußerungen aufnehmen möchte, was der SPD-Vorsitzende aber ablehnt.

demokratie ausriefen bei mir⁵⁸ (*Lachen*) und zum zweiten, wie sich mein Sohn als Familienvater in so 'ne brisante ...

Hans-Jochen Vogel:
Ist das Schwante oder (...) [*unverständlich*]?

Martin Gutzeit:
Nein, das war in Berlin, das war in Berlin.

Ibrahim Böhme:
Am 26. August.

Mehrere Stimmen [durcheinander redend]:
Die Vorbereitung ... Das war ... die Initiativgruppe ... Ja, das war ...

Peter Hilsberg:
Das zweite Mal, und das zweite Mal, wie sich also dann mein Sohn zum Ersten Sprecher machen lässt⁵⁹ und (...) [*unverständlich*]: „Wie kannst Du Dich da als Familienvater in so 'ne gefährliche Position begeben?“ Muss man einfach sagen. Habe aber eins begriffen, auch da im Gespräch: Es gibt eine innere Bedingung des Lebens hier. Und die innere Bedingung eines Lebens, das man hier bejaht, ist Gewissenhaftigkeit, Wahrhaftigkeit und der Versuch, etwas zu unternehmen und die Dinge nicht zu belassen, wie sie sind. Und ohne diese drei Dinge kann man so einfach nicht leben. Und jetzt im Augenblick liegt mir wahnsinnig dran, dass also gesehen wird, dass zwar hinter so einer Bewegung, wie sie sich jetzt hier mit der Sozialdemokratie herausgebildet hat, tatsächlich diese Motive stecken. Sie stecken auch woanders. Vorhin ist hier in dem gleichen Raum eine Pressekonferenz gewesen mit Bekanntgabe der Gründung einer anderen Partei, Demokratischer Aufbruch⁶⁰, und gewählt haben sie zum Vorsitzenden einen von den beiden bekannten, einen der bekannten Rechtsanwälte, die wir jetzt ...

⁵⁸ Gemeint ist der Aufruf zur Gründung der SDP am 26. August 1989 in der Ost-Berliner Golgatha-Gemeinde, deren Pfarrer Peter Hilsberg war. Siehe Anm. 40.

⁵⁹ Zu seiner eigenen Überraschung war Stephan Hilsberg am 7. Oktober 1989 in Schwante zum Ersten Sprecher der SDP gewählt worden. Vgl. Gohle 2014, S. 82 f.

⁶⁰ Der „Demokratische Aufbruch“ hatte um 16 Uhr eine Pressekonferenz im Christlichen Hospiz abgehalten.

Mehrere Stimmen:
Wolfgang Schnur.⁶¹ Schnur.

Hans-Jochen Vogel:
Den Schnur?

Peter Hilsberg:
Und heute früh, heute Mittag hab' ich zufällig, bin ich in die Gelegenheit geraten, telefonisch dem neuen Vorsitzenden der CDU zu gratulieren, und das ist einer von den anderen moralisch hoch angesehenen Leuten, der Rechtsanwalt de Maizière.⁶² Und so wie ...

Hans-Jochen Vogel:
de Maizière! Ist der mit unserem de Maizière⁶³ da verwandt?

Mehrere Stimmen:
Neffe!

Hans-Jochen Vogel:
Neffe?

Peter Hilsberg:
Jajajaja. ... Verwandtschaftsbeziehung ... Jaja. Jetzt muss man mal ehrlich sagen, und ich setze drauf, dass auch in bestimmten Gruppen der SED so einige Leute, die ich kenne, im Grunde genommen mit den gleichen Motiven leben und arbeiten und sich einsetzen. Wer nun im Einzelnen das Richtige tut, das wird sich erweisen. Das kann man jetzt nicht sagen. Aber das man das sehen muss. Und ich glaub', von diesem Einsatz in Gewissenhaftigkeit und der Bereitschaft, etwas auch unter Risiko zu tun, leben wir.

⁶¹ Rechtsanwalt Wolfgang Schnur war Ende Oktober 1989 zum Vorsitzenden des DA gewählt worden. Nach seiner Enttarnung als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der DDR-Staatssicherheit trat er im März 1990 zurück.

⁶² Lothar de Maizière wurde am 10. November 1989 zum neuen Vorsitzenden der CDU in der DDR gewählt, die bis dahin als eine der „Blockparteien“ treu an der Seite der SED gestanden hatte.

⁶³ Gemeint ist Ulrich de Maizière, Generalinspekteur der Bundeswehr von 1966 bis 1972.

Hans-Jochen Vogel:

Darf ich noch mal was sagen? Ich mein', ich bin viel zu alt, um einfach so Süßholz zu raspeln. Aber ich mein' – nein, das muss ich euch wirklich sagen: Ihr habt in diesen Wochen und Tagen etwas auf die Beine gebracht, das es auf deutschem Boden in dieser Form bisher nicht gab. Entschuldigung. Ich mein' jetzt nicht die Sozialdemokraten allein, alle miteinander, Entschuldigung, Entschuldigung. Eine demokratische Revolution – und das ist es doch –, die Aussicht hat, erfolgreich zu sein, die hat's auf deutschem Boden bisher nie gegeben. Auch die [18]48er Revolution, an die man denken kann, ist letzten Endes gescheitert. Und ich sag' euch ehrlich, ich bin mir nicht sicher, ob wir in der Bundesrepublik für noch so wichtige Ziele ...

Ibrahim Böhme [sagt etwas Unverständliches].

Hans-Jochen Vogel:

... für noch so wichtige Ziele eine solche Bewegung auf die Beine brächten, wie ihr das geschafft habt. Mit den Friedensbewegungen in Ansätzen, hier geht's dann um die Ökologie. Ich mein', die ökologische Herausforderung würde bei uns sicher rechtfertigen, dass ähnliche Bewegungen in Gang kommen. Ihr seid uns da in der demokratischen Volksbewegung ein Stück voraus. Und deswegen halten wir euch auch so den Daumen – das gehört nämlich auch dazu, man muss ja auch Glück haben –, ...

Ibrahim Böhme:

Hans-Jochen Vogel ...

Hans-Jochen Vogel:

... dass ihr nicht einen schrecklichen Rückschlag erleidet.

Ibrahim Böhme:

Hans-Jochen Vogel ...

Hans-Jochen Vogel:

Ich habe hier nicht das Wort zu erteilen. Wenn dann er, er ist Präsident der Internationale, er ist für uns alle zuständig. (*Lachen*)

Willy Brandt:

Wir sind keine Superpartei, sondern eine Gemeinschaft souveräner Parteien.

Männliche Stimme:

Das ist sehr schön. Das ist sehr schön. (*Lachen*)

Ibrahim Böhme:

In Leipzig demonstrieren montags hunderttausende Menschen ...

Hans-Jochen Vogel (flüsternd):

Fabelhaft.

Ibrahim Böhme:

... und am nächsten Tag gehen sie zur Arbeit und nicht nur, viele von ihnen nicht nur aus dem altstrapazierten, strapazierten deutschen Ordnungssinn heraus, sondern weil sie genau erkennen: Es dient niemand, die DDR ökonomisch in den Boden zu streiken. Wir Sozialdemokraten in der DDR favorisieren natürlich freie unabhängige Gewerkschaften, die in den Industrie- und Landwirtschaftsstrukturen die Tarifhoheit bekommen. Wir werden viel nachdenken müssen, wie der Tarifpartner sich zu gestalten hat dafür. Aber wir sind gegen eine Bewegung, die am Ende die DDR kaputt macht. Und da sind wir euch eigentlich dankbar, dass in den letzten Wochen mit großer Vorsicht von Sozialdemokraten in der Bundesrepublik und in westeuropäischen Ländern, von Sozialdemokraten in Ungarn, die sich an uns gewandt haben, in Lettland, in Estland, die bei uns gewesen sind, oder Herr Malanowski⁶⁴ aus Polen, der für die PPS als stellvertretender Vorsitzender steht, dass sie sehr vorsichtig sich geäußert haben, ohne die Souveränität zu verletzen oder ohne irgendjemand in diesem noch obwaltenden Machtapparat die Möglichkeit zu geben, gegen die Sozialdemokraten zu argumentieren. Also, das möchte ich an dieser Stelle einmal deutlich ausgesprochen haben.

Männliche Stimme:

Ich muss dann mal auch jetzt ...

⁶⁴ Gemeint ist Andrzej Malanowski von der 1987 gegründeten Polska Partia Socjalistyczna (PPS).

Männliche Stimme [unverständlich].

Weibliche Stimme:

Ich wollte eigentlich nur sagen, dass ich auch so das Gefühl habe, dass unser Selbstbewusstsein ungeheuer gestiegen ist.

Hans-Jochen Vogel:

Mit Recht.

Weibliche Stimme:

Und in den letzten Wochen, fast Tagen (...) *[unverständlich]*. Und dass wir das auch sehr nötig hatten für uns selber. Und dass ich glaube, dass man dann erst richtig was tun kann und die Fähigkeit hat, das zu tun, weil man also selber auch Vertrauen in sich selber hat und dass man sich selber stark fühlt und nicht minderwertig. Irgendwie war alles in den ganzen, in den 40 Jahren in der DDR immer so mein Eindruck, dass wir ein so ganz geducktes Volk sind, verängstigt, konformistisch, opportunistisch und das hat mich immer unheimlich bedrückt. Und man merkt jetzt, wie so alle aus den Löchern rauskommen, und was da so da ist an Kraft und an Vermögen und an Fantasie. Und das ist so schön, das zu erleben. Und das mit den Sachsen in Leipzig! Ich hab' neulich gesagt: Die Sachsen, die haben so 'nen schlechten Ruf immer gehabt, hier vor allen Dingen in Berlin. *(Lachen)* (...) *[einige unverständliche Sätze]* „Na ja, was soll schon sein, ist wieder ein Sachse“. Und jetzt die in Leipzig. Na, die Sachsen, die haben (...) *[unverständlich]* Die sind so rehabilitiert bei uns jetzt in ihrem eigenen Ansehen. Dass die Sachsen so was können und dies hervorgebracht haben jetzt, das ist ungeheuer.

Hans-Jochen Vogel:

Ich muss euch aber auch in Berlin sagen, dass was ihr am Alexanderplatz an dem – wievielten war's?

Mehrere Stimmen:

Vergangenen Sonnabend ... Am 4. November.⁶⁵

⁶⁵ Am 4. November 1989 hatten mehrere Hunderttausend Teilnehmer auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz für demokratische Reformen in der DDR demonstriert.

Hans-Jochen Vogel:

Der Tag geht in die Geschichte ein. Ich hab' Rede für Rede gelesen, ich hab' 'nen Teil sehen können. Das macht euch so schnell keiner nach. Vor allen Dingen, dass das auch noch zum Teil fröhlich, ironisch und nicht so uhuhuuuu und so. Nein, also ...

Weibliche Stimme:

Ja, der Humor, der hat ja so ungeheuer gelitten, also bei den Reden bei uns. Das hat mich immer auch an den Politikern der Bundesrepublik ... *(Lachen)*

Hans Jochen Vogel (lachend):

Ja, nur zu. Jaja.

Weibliche Stimme:

... fasziniert. Da hat mich fasziniert, dass da also die Politik auch teilweise, teilweise mit Humor gemacht wurde.

Hans-Jochen Vogel:

Teilweise. Teilweise.

Mehrere Stimmen (Lachen)

Weibliche Stimme:

Wie schade, dass bei uns ... dass dauernd die Politiker keinen Humor haben. Die hatten keinen Humor.

Hans-Jochen Vogel:

Ich muss euch sagen, ich hab' ja, ich will mich damit nicht großtun, ich hab' ja ungefähr zwei-, dreitausend helfen können, früher, als das noch schwierig war, rüberzukommen. Nicht? Vogel-Vogel⁶⁶ und so, na ja, ihr wisst das wahrscheinlich auch selber. Und wenn die dann zu mir kamen und Dankeschön sagten und so, dann war das erstens immer ein schönes Erlebnis. Braucht unsereiner ja auch

⁶⁶ Gemeint sind die Kontakte mit dem Ost-Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, über den die Häftlingsfreikäufe und die Ausreisen von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik abgewickelt wurden.

mal. Und dann war immer faszinierend die Sprachlosigkeit, das unsereiner da hinten in so 'nem ehemaligen Frisiergeschäft usw. sitzt, dass man da hingehen kann, dass man mit dem reden kann und so weiter und sofort. Da hab' ich mir immer gedacht, das kann hier nicht gutgehen. Das kann hier nicht gutgehen, wenn dies als Sensation empfunden wird.

Ibrahim Böhme:

Ich ... Willy Brandt war also in Moskau gewesen und das ist – Korea ... Und wir verfolgen ja alle Deine Reisen.⁶⁷ (*Lachen*)

Hans-Jochen Vogel:

Da seid ihr aber voll beschäftigt. (*Lachen*)

Männliche Stimme:

Da seid ihr aber wirklich von morgens bis abends beschäftigt! (*Lachen*)

Willy Brandt:

Ich will hier eine Illusion zerstören. Die Tatsache, dass ich im Oktober mit Genscher konkurriert habe – was schwer ist – (*Lachen*), hängt allein damit zusammen, dass wir umziehen⁶⁸ und meine Frau gesagt hat: „Ich kann Dich nicht brauchen.“ (*Lachen*)

Ibrahim Böhme:

Nein, ich wollte was ...

Willy Brandt:

Umziehen verantwortet sie allein.

Ibrahim Böhme:

Ja, etwas anderes wollte ich sagen. Wenn Du heute zu Christa Wolf gehst⁶⁹, dann

⁶⁷ In den zurückliegenden Wochen hatte Willy Brandt Athen (5.–7.10.), Paris (9./10.10.), Moskau (14.–17.10.), Seoul (23.–31.10.), Mailand (1.–3.11.) und Amsterdam (7./8.11.) besucht.

⁶⁸ Der Umzug in Unkel war am 8. November 1989 abgeschlossen. Vgl. Seebacher 2004, S. 295.

⁶⁹ Hans-Jochen Vogel fuhr nach dem Treffen zu einem Gespräch mit Christa Wolf in ihrer Wohnung in Berlin-Pankow. Vgl. Einleitung.

sag' ihr bitte – in dieser Runde, hoffe ich, das sagen zu dürfen – wenn Sozialismus in Sachsen, in Thüringen als Bewusstsein Hochburgen in Gedanken der Menschen erhalten hat, dann deshalb vor allem, weil es in der Sowjetunion beispielsweise Namen gegeben hat wie Trifonow⁷⁰, Aitmatow⁷¹, Tendrakow⁷², weil es in der DDR Namen gegeben hat wie Stefan Heym, Christa Wolf, die den Gedanken des Sozialismus – ob es der Lassalle-Roman von Stefan Heym ist oder seine Schmähchrift und dergleichen – den Sozialismusgedanken als etwas insgesamt Rezipierbares aufrechterhalten haben. Das ist etwas ganz Wichtiges. Wenn Du in der SU gewesen bist, hast Du mitbekommen, dass es unterhalb der Ebene politischer Offizialität immer ein Bewusstsein für Moralität gegeben hat wie in allen anderen sozialistischen Ländern, für Moralität gegeben hat, das vor allem die Künstler und die Kulturschaffenden hochgehalten haben, egal, wo sie gestanden sind.

Willy Brandt:

Jewtuschenko⁷³ war mein erster Gesprächspartner diesmal. Und er hat sich sehr bedankt dafür, dass er und seinesgleichen von Deutschland her Verständnis gefunden haben, noch in Zeiten, in denen es dort schwieriger war. Wir haben einen ganzen Vormittag, von neun bis zwölf, glaub' ich – war auch nicht immer üblich –, zusammengesessen mit einem Kreis von 35, 40 Professoren von den verschiedenen Instituten der Akademie [der Wissenschaften], um alleine über Sozialdemokratie zu diskutieren. Deren Kenntnis davon, deren Fragen danach, deren Fragen nach unseren Unterschieden zwischen Schweden und Spanien, und mittlerweile sind wir ja – was man noch nicht immer zur Kenntnis nimmt – wir sind ja mittlerweile in Lateinamerika der Zahl der Parteien nach nicht schlechter als in Europa. Wir sind dabei, im Nahen Osten richtige Mitglieder zu bekommen, also nicht nur die traditionellen (...) [*unverständlich*] in Israel. Auch in Ägypten, Tunesien, Marokko nehmen wir jetzt auf, haben 'ne Vollmacht dazu. Und in Asien – das hing ein bisschen mit meiner Koreareise zusammen – in Asien gewinnen wir an Boden. Das heißt, die Teile der russischen Intellektuellen, auch

⁷⁰ Juri Trifonow (1925–1981), russischer Schriftsteller.

⁷¹ Tschingis Aitmatow (1928–2008), kirgisischer Schriftsteller und Politiker.

⁷² Wladimir Tendrakow (1923–1984), russischer Schriftsteller.

⁷³ Jewgenij Jewtuschenko (geb. 1932), russischer Schriftsteller.

der ausgewiesenen, etablierten, wenn man so will, suchen. Einige haben ja sogar die Frage gestellt – das kennt ihr aber, denn das ist sozusagen gedruckt –, ob nicht in Wirklichkeit in einem Land wie Schweden ein höheres Maß an Sozialismus verwirklicht sei als in der Sowjetunion, wenn man fragt nach dem, was der einzelne Mensch in Bezug auf seine soziale Sicherheit davon hat. Ich weiß, man kann auch andere ...

Ibrahim Böhme [sagt etwas Unverständliches].

Willy Brandt:

... Kriterien anlegen. Aber jedenfalls das ist dort voll im Gange. Gleichzeitig sind natürlich schreckliche Dinge im Gange. Der Gorbatschow sagt mir: „Ich hab' bei den Russen alles, was es früher schon mal gab, von den Anarchisten bis zu den Monarchisten.“ Alles wieder da. Die Anarchisten hatten einen internationalen Kongress in Leningrad. Felipe Gonzales erzählt hier vorige Woche in Mailand, da war auch einer von den Spaniern, aus Spanien. Spanien war früher mal eine Hochburg des Anarcho-Syndikalismus. Kommt alles wieder. Nebenbei gesagt, ja so 'ne schreckliche Idee ist der Syndikalismus und der Anarcho-Syndikalismus auch nicht.⁷⁴

Dietrich Stobbe:

Der war bestimmt aus Andalusien, ne?

Willy Brandt:

Bitte?

Dietrich Stobbe:

Der war bestimmt aus Andalusien, der Spanier.

Willy Brandt:

Wenn man ihn vernünftig, wenn man ihn vernünftig einbezieht.

⁷⁴ Der Anarchosyndikalismus war bis Ende der 1930er Jahre eine einflussreiche und mitgliederstarke Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hatte, durch gewerkschaftliche Selbstorganisation den Staat und den Kapitalismus revolutionär zu überwinden.

Ibrahim Böhme [sagt etwas Unverständliches].

Willy Brandt:

Und ich will nur sagen, das Interesse an dem, was unsereins denkt und uns Verwandte denken, zumal in Europa, spielt bei den Intellektuellen und in Teilen der Partei in – die Parteilosen ohnehin – in der Sowjetunion eine viel größere Rolle als noch vor wenigen Jahren. Ich kann mich erinnern, 1981 habe ich einmal eine Diskussion am Institut für Weltwirtschaft geführt⁷⁵ über das, was Gorbatschow heute die globalen Probleme nennt. Das war aber ein isolierter Zirkel ohne jeden Einfluss damals auf die Führung. Heute ist das anders. Und – ich will das bei der Gelegenheit mal sagen – wir schicken Anfang des Jahres eine kleine Delegation von Vizepräsidenten unserer Internationale nach Moskau, um einmal gründlicher zu reden, nicht mehr immer nur über Friedenssicherung, was ja wichtig genug war, sondern auch über Weltwirtschaft, Nord/Süd, Ökologie – Thema ist auch dort als ein wichtiges erkannt – und, wenn's geht, auch ein bisschen über ideologische Fragen. Die stehen vor einer Grundsatzdebatte, machen ein, nicht ein neues Programm im nächsten Jahr, aber ein, wie der erste Mann dort sagt, sondern ein wichtiges grundsätzliches Dokument, das lohnt jedenfalls genau anzugucken und wenn die Fragen dazu haben, sie auch so gut man kann zu beantworten. Jochen, Du musst weiter?

Hans-Jochen Vogel:

Ich muss weiter, er hat das Stichwort gegeben.⁷⁶

ZDF-Reporter Werner Brüssau:

Entschuldigung, darf ich mich mal unverschämterweise einmischen? Wir haben um 22:15 Uhr noch 'ne Sondersendung heute über diesen Tag. Und ich wollte gern, Herr Brandt, Ihnen noch eine Frage stellen. Dürfte ich das?

Willy Brandt:

Bitte.

⁷⁵ Brandt hatte Moskau vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 besucht.

⁷⁶ Vogel fuhr nach dem Treffen zu einem Gespräch mit Christa Wolf.

– Beginn des fünften Ausschnitts des Fernsehberichts in der Sendung „ZDF spezial“ –

ZDF-Reporter Werner Brüßau:

Herr Brandt, Sie sind heute ja nicht nur an diesem Ort, weil Sie jungen Sozialdemokraten mit Rat und Tat zur Seite stehen wollen oder mit Ihnen reden wollen, sondern weil es ein Ereignis gegeben hat, dass mit der Politik, die Sie gemacht haben, in Zusammenhang steht. Meine Frage wäre jetzt, wie beurteilen Sie dieses dramatische Geschehen an diesem Tag, gestern, und was würden Sie von dieser Stelle aus, insbesondere den Bundesbürgern sagen wollen?

Willy Brandt:

Sicher ist die Erinnerung danach nicht falsch, dass unser Bemühen um, wenn auch zunächst noch so kleine Schritte, und um den Abbau von Spannungen und von Rüstungen mit dazu beigetragen hat, dass wir in einer neuen Lage sind in Europa. Aber wir haben nicht Gorbatschow erfunden, wir haben die Demokratiebewegung im anderen Teil Europas [nicht] erfunden, wir haben auch nicht die neuen Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten erfunden. Also es gibt Faktoren von außen, die auf uns einwirken, es gibt eigene Bemühungen, die jetzt eine gewisse Bestätigung erfahren. Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sollen bitte erstens froh darüber sein und Vertrauen haben zum Umbruch im anderen deutschen Staat. Da ist soviel im Gange, soviel Hoffnungsvolles, so vieles, worauf wir uns freuen können, auch als Chance künftiger guter Zusammenarbeit. Bitte, alle Überheblichkeit, alle Tendenz zur Vormundschaft beiseite tun und sich einstellen auf 'ne neue Phase guter, gleichberechtigter, beiden Seiten zum Vorteil gereichender Zusammenarbeit. Das ist in der Mache, das kann kommen, aber wir müssen von unserer Seite dazu auch ein bisschen mehr Offenheit als bisher einbringen.

– Ende des fünften Ausschnitts des Fernsehberichts in der Sendung „ZDF spezial“ –

ZDF-Reporter Werner Brüßau:

Dankeschön. (Applaus)

Mehrere Stimmen (Lachen).

Ibrahim Böhme:

Er sagte vorhin, dass ihr nicht ... dass ihr die Medien nicht beeinflussen könnt in der BRD. Ich muss euch sagen, so höflich bin ich noch nie von einem Medium der DDR angefragt worden, ob sie noch 'ne Frage stellen können. (Lachen)

Hans-Jochen Vogel:

Kommt alles noch ...

– Ende der Audioaufzeichnung –

**SCHRIFTENREIHE DER
BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG**

Heft 1

Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis

Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2

Politik für Berlin – Willy Brandt 1957–1966

Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3

Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik

Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4

Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus

Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5

**Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung
Willy Brandts vom 28. Oktober 1969**

Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6

Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen

Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7

Perspektiven aus den Exiljahren

Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8

Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?

Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9

Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivilgesellschaft“

Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10

**Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die
deutsch-amerikanischen Beziehungen**

Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11

Peter Glotz: Willy Brandts Charisma

Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12

**Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund
(dt.-griech.)**

Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13

Hans Arnold: Willy Brandt und Europa

Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14

**Willy-Brandt-Gespräch 2006: „Mehr Demokratie wagen“ (1969) –
„Mehr Freiheit wagen“ (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft
im Umbruch?**

Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15

Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt

Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

*Heft 16***Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**

Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

*Heft 17***Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit.
Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr**

Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

*Heft 18***Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont“
(Willy Brandt Lecture 2008)**

Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

*Heft 19***Peter Merseburger: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit**

Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0

*Heft 20***Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz?
Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren Grundgesetz und
20 Jahre nach der friedlichen Revolution**

Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

*Heft 21***Erhard Eppler: Finanzkrise, Klimakrise und Staatszerfall. Was wird aus der
Einen Welt? (Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009)**

Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-20-1

*Heft 22***Mohammed ElBaradei: Der Weg in eine sicherere Welt
(Willy Brandt Lecture 2009)**

Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-21-8

*Heft 23***Wolfgang Huber: Verschieden und doch gleich. Integration und Menschen-
bild (Willy Brandt Lecture 2010)**

Berlin 2011, ISBN 978-3-933090-22-5

*Heft 24***Geert Mak: „Das erstarrte Europa“ – Ursachen und Auswege
(Willy Brandt Lecture 2011)**

Berlin 2012, ISBN 978-3-933090-23-2

*Heft 25***Willy Brandt: „Das Überleben sichern“ – die Einleitung zum Nord-Süd-
Bericht**

mit einer Einführung von Dirk Messner

Berlin 2013, ISBN 978-3-933090-24-9

*Heft 26***Wolfgang Schmidt: Aus historischer Verantwortung, moralischer Verpflich-
tung und politischer Überzeugung. Wie sich Bundeskanzler Willy Brandt
um Israel und den Frieden im Nahen Osten bemühte**

Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-25-6

*Heft 27***Willy Brandt – Stimmen zum 100. Geburtstag**

Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-26-3

*Heft 28***Corine Defrance/Ulrich Pfeil/Andreas Wilkens (Hrsg.): Willy Brandt – un
projet pour l'Allemagne**

Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-27-0

Heft 29

„... auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie ...“

Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989 in Ost-Berlin. Eine Dokumentation mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel und einer Einleitung von Wolfgang Schmidt

Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-28-7

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

*Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler*

Mit der „Berliner Ausgabe“ ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Edition soll ein möglichst breites Publikum ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Alle Bände der Berliner Ausgabe sind unter www.willy-brandt.de als PDF-Dateien abrufbar.

Band 1

Hitler ist nicht Deutschland

Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2

Zwei Vaterländer

Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland
1940–1947

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

*Band 3***Berlin bleibt frei**

Politik in und für Berlin 1947–1966

Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

*Band 4***Auf dem Weg nach vorn**

Willy Brandt und die SPD 1947–1972

Bearb. von Daniela Münkler, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

*Band 5***Die Partei der Freiheit**

Willy Brandt und die SPD 1972–1992

Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

*Band 6***Ein Volk der guten Nachbarn**

Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

*Band 7***Mehr Demokratie wagen**

Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974

Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

*Band 8***Über Europa hinaus**

Dritte Welt und Sozialistische Internationale

Bearb. von Bernd Rother u. Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

*Band 9***Die Entspannung unzerstörbar machen**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

*Band 10***Gemeinsame Sicherheit**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992

Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2009

ISBN 3-8012-0310-7

WILLY-BRANDT-STUDIEN*Band 1*Daniel F. Sturm: **Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**

Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

*Band 2*Robin M. Allers: **Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966–1974)**

Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

*Band 3*Andreas Wilkens (Hrsg.): **Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung**

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0392-4

*Band 4*Friedhelm Boll u. Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): **Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen**

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0407-5

*Band 5*Bernd Rother (Hrsg.): **Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse**

Bonn 2011, ISBN 978-3-8012-0414-3

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1

Willy Brandt: **Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**

bearbeitet von Einhart Lorenz

Bonn (2. Aufl.) 2008, ISBN 978-3-8012-0380-1

Band 2

Willy Brandt: **Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte**

herausgegeben und eingeleitet von Klaus Schönhoven

Bonn 2012, ISBN 978-3801204266

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913–1992

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913–1992

Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz

Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!

Anforderungen an einen „Brandt-Report“ für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)

Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: **Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002**

hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Sabine Carbon/Barbara Lücker: **Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers**

Berlin 2007, ISBN 978-9810097-8-1

Willy-Brandt-Haus Lübeck

Neue Architekturführer Nr. 118

Stadtwandel Verlag, Berlin 2007, ISBN 978-3-86711-038-9

(auch auf Englisch erhältlich)

Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert

Katalog zur ständigen Ausstellung im Willy-Brandt-Haus Lübeck
von Katharina Bieler, Lübeck 2009

Petri Hakkarainen: A State of Peace in Europe. West Germany and the CSCE, 1966–1975

New York 2011 (Studies in Contemporary European History, Bd. 10)

Claudia Hiepel: Willy Brandt und Georges Pompidou: Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise

München 2012 (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 29)

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Zunächst im Rathaus Schöneberg zu Berlin ansässig, befindet sich ihr Hauptsitz seit 2010 im Forum Willy Brandt Berlin (Unter den Linden 62-68). Dort ist seit Juni 2012 auch die neue ständige Ausstellung „Willy Brandt – Politikerleben“ zu sehen.

Die Stiftung hat die Aufgabe, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten. Als Bundesstiftung wird sie finanziert aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Eine Stiftung – zwei Standorte

Am 18. Dezember 2007 wurde am Geburtsort des früheren Bundeskanzlers das **Willy-Brandt-Haus Lübeck** (Königstraße 21) mit der ständigen Ausstellung „Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert“ eröffnet. Die dortige Ausstellung steht unter dem Motto „Zeitgeschichte erleben!“ und bietet spannende Inszenierungen sowie multimediale Informationsangebote. Das Willy-Brandt-Haus Lübeck versteht sich als Ort der Auseinandersetzung über Geschichte und Gegenwart und als ein Lernort für Zeitgeschichte in der Geburtsstadt des Friedensnobelpreisträgers.

Näheres unter www.willy-brandt.de

BILDNACHWEIS

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn: S. 19, S. 23

Barbara Klemm: Cover, S. 30, S. 48, S. 55, S. 79

Andreas Schoelzel: S. 33

Andreas Schulz-Dieterich: S. 34

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

„... auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie ...“

Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989 in Ost-Berlin.

Eine Dokumentation mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel und einer Einleitung von Wolfgang Schmidt

[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].

1. Aufl. – Berlin : Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2014

(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 29)

ISBN 978-3-933090-28-7

„Der Tag ist wichtig. Die Tatsache, dass ihr mit etwas Neuem hier beginnt und hoffentlich sehr viel Zuspruch finden werdet, ist bewegend, und wenn wir ein bisschen helfen können, wollen wir es gern tun.“

Willy Brandt im Gespräch mit SDP-Vertretern am Abend des 10. November 1989